

ÖKOSTEUERNEWS 4 – NOVEMBER 2001

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 <mailto:foes@foes-ev.de>

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL.....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND.....	4
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	11
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER.....	23
5.	WEITERE UMWELT- UND WIRTSCHAFTSTHEMEN.....	25
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	29
7.	KURZMELDUNGEN.....	29
8.	SERVICE: JOBS.....	30
9.	SERVICE: LINKS.....	32
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN.....	32
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE.....	37
12.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE.....	47

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS! (AK)

Die Änderungen reißen nicht ab: wir haben versuchsweise eine neue Rubrik eingerichtet, eine Diskussionsrunde, die in dieser Ausgabe durch Fritz Andres und FÖS-Vorstandsmitglied Bettina Meyer eröffnet wird. Herr Andres ist nicht nur Mitglied des FÖS, sondern auch seit 1987 Mitglied im Vorstand des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll und seit 1994 ausschließlich in dieser Funktion, die die Herausgabe der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ einschließt, tätig. Der Artikel ist in dieser Schriftenreihe erschienen, die wir den letzten FÖS-Mitteilungen beigelegt haben. Aufgrund dessen ist der Artikel sehr umfangreich,

was uns dazu veranlaßt hat, die pdf-Datei dieses Newsletters ausnahmsweise in den eigentlichen Newsletter und die Diskussionsrunde an sich aufzuteilen. Beides können Sie sich unter dem angegebenen Link herunterladen: <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsaktuell/index.html>.

Wir hoffen, dass die neue Rubrik bei Ihnen Anklang findet und Sie ermutigt, sich mit Leserbriefen oder Artikeln rege an der Diskussion zu beteiligen.

Im Dezember wird es keinen Newsletter geben, weil er durch ein Weihnachtsmailing ersetzt wird. Etwas werden Sie aber dennoch bekommen: Informationen vom BUND über deren neue Aktivitäten, die leider noch nicht weit genug geplant sind, als dass wir in dieser Ausgabe schon darüber berichten könnten.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre! Ihr FÖS-Team

Förderverein Ökosteuer: In Nürnberg nicht Ökosteuer-Gesetze diskutieren, sondern für Grundsätze eintreten

In einem offenen Brief an die Parteitage delegierten warnt der Vorsitzende des Münchner Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS) vor einer Gesetzesdebatte zur Unzeit. „Zur Zeit geht es weder darum, die bis 2003 geltenden Gesetze in Frage zu stellen, noch gar darum, schon konkrete Lösungen für die Zeit ab 2004 zu debattieren“, meint Dr. Anselm Görres, Volkswirt und Unternehmer in seinem Beitrag. Vielmehr hapere es nach wie vor mit der grundsätzlichen Akzeptanz der Ökosteuer. Diese zu verbessern, sei die vordringliche Aufgabe aller Ökosteuerbefürworter. Gerade in der aktuellen Weltkrise blieben die Ziele der Ressourcenschonung, des Klimaschutzes und der Reduktion von Ölimporten vordringlich. Daher solle die SPD jetzt eine umfassende Marketing- und Kommunikationsstrategie vorbereiten – nicht zuletzt, um sich für neue Anti-ÖSR-Kampagnen besser zu wappnen.

Chancen für eine konstruktive Debatte über die ÖSR-Entwicklung ab 2003 sieht Görres erst nach der Bundestagswahl, zumal bis dahin die Vorteile der Ökosteuer deutlicher erkennbar seien.

Ökosteuer: Nicht Gesetze für 2004 diskutieren, sondern beharrlich für Grundsätze eintreten!

Offener Brief an die Delegierten des SPD-Parteitage in Nürnberg (19.-22. November 2001)

Sehr geehrte SPD-Delegierte, liebe Ökosteuerfreunde!

Der 11. September und seine Folgen haben die Innenpolitik in den Hintergrund gedrängt, mit ihr die Ökosteuer. Für diese ist das vielleicht gar nicht so schlimm: Die Ökosteuer Gesetze der Rotgrünen Koalition vom Frühjahr 1999 gelten bis Ende 2003, und kein Koalitionspartner kann ein Interesse haben, an dieser Beschlusslage grundsätzlich zu rühren.

So komisch es klingt: Gerade Befürwortern der Ökologischen Steuerreform kann in der heutigen Situation an einer konkreten Debatte der Ökosteuer Gesetzgebung nicht gelegen sein. Denn damit würde man derzeit nur den bekannten populistischen Angriffen Tür und Tor öffnen. Etwa nach dem Motto, in der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage könne man Volk und Wirtschaft nicht auch noch die schreckliche Ökosteuer zumuten.

Auch eine konkrete Debatte über das Schicksal der Ökosteuer ab 2004 bliebe heute unfruchtbar. Vermutlich blieben dabei die intimen Freunde und die intimen Gegner weitgehend unter sich. Für das breite Publikum bliebe sie ebenso abstrakt wie für die pragmatischen Akteure in Wirtschaft und Politik. Letztlich wird erst die nächste Bundestagswahl darüber entscheiden, ob Chancen für die Fortentwicklung der Ökosteuer bestehen.

Bedeutet dies nun, dass man derzeit über die Ökosteuer am besten gar nicht reden soll? Ganz und gar nicht! Denn mit der Ökosteuer haben wir eines der selten historischen Beispiele, wo die Gesetzgebung dem öffentlichen Bewusstsein vorausgeeilt ist.

Deutschland braucht sich seiner Ökosteuer Gesetze nicht zu schämen. Sie sind – trotz mancher Kinderkrankheiten – ein großer Schritt in die richtige Richtung. Aber wesentliche Grundprinzipien der Ökosteuer sind in der Bevölkerung noch nicht verankert, oft nicht einmal bei den Befürwortern des ökologischen Wandels. Statt einer Gesetzesdebatte – aus unserer Sicht derzeit so überflüssig wie ein Kropf – brauchen wir daher eine fortdauernde Diskussion der Prinzipien der ökologischen Steuerreform, und ein beharrliches, insbesondere

re im Jahr 2002 zu stärkendes Werben für Akzeptanz.

An Sie, als Delegierte des SPD-Parteitags, möchten wir daher fünf konkrete Bitten richten.

1. Lassen Sie sich keine konkrete Gesetzesdebatte zur Unzeit aufzwingen. Wer sich heute ohne Not in eine solche Debatte begibt, arbeitet nur den Gegnern der Ökosteuer in die Hände. Lassen Sie insbesondere nicht zu, dass Populisten die aktuelle Krise gegen die Ökosteuer ausspielen. Wenn wir aus der schwierigen Weltsituation etwas lernen können, dann doch vor allem dies: Wir brauchen mehr Global Governance und mehr globale Nachhaltigkeit. Eine international abgestimmte Politik zum Schutz des Klimas, zur Schonung natürlicher Ressourcen und zur Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten ist in diesem Kontext nicht nebensächlich, sondern erst recht vordringlich.
2. Bleiben Sie dem Grundsatz treu, die Abgabenlast des Faktors Arbeit zu verringern, und Energie höher zu belasten. Zwar gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Energiesteuern und bestimmten Formen der kompensierenden Senkung anderer Steuern. Gäbe es die exorbitante Belastung von deutschen Arbeitnehmereinkommen nicht, so könnte man Ökosteuererträge auch zur Senkung der Mehrwertsteuer, der Unternehmenssteuern oder anderer Steuern verwenden. Nachdem aber bei uns Arbeit steuerlich massiv belastet wird, Energie dagegen zu niedrig, bleibt der Grundgedanke richtig, mindestens in der ersten Phase der Ökosteuer deren Erträge überwiegend zur Entlastung des Faktors Arbeit einzusetzen. Wer dagegen mit dem Slogan „Tanken für die Rente“ polemisiert, hat gar nichts verstanden. Das kann man sogar in den Programmen der Union nachlesen.
3. Bitte sorgen Sie dafür, dass Deutschland sein Gewicht in der Europäischen Union stärker als bisher für die Europäisierung der Ökologischen Steuerreform in die Waagschale wirft. Innerhalb der Europäischen Institutionen, auch der OECD, gibt es einen starken Konsens der Experten für die Europa weite Verteuerung von Energie und eine stärkere Belastung des Autoverkehrs, um dessen externe Kosten verursachergerechter zu finanzieren. Doch auf der Ebene der Regierungschefs und Minister geht nichts voran, nicht nur wegen Bremserländern wie Spanien oder Irland.
4. Bitte nehmen Sie das Thema Ökosteuer nicht von der Agenda Ihrer parteiinternen Diskussionen und Veranstaltungen. Auch wir wissen, die Ökosteuer ist bis jetzt – auch mangels beherzter Akzeptanzwerbung – kein Publikumsliebbling. Aber es sollte jedem Unterstützer der rotgrünen Koalition klar sein, dass spätere Generationen diese Koalition nicht zuletzt dafür rühmen werden, dass sie als eine der ersten Regierungen in Europa den Einstieg in eine an den Prinzipien Nachhaltigkeit und ökologische Preiswahrheit orientierte Steuerreform gewagt hat.
5. Unsere letzte Bitte: Seien Sie als SPD ruhig ein bisschen stolz darauf, dass Sie mit den Grünen zusammen die Ökosteuer eingeführt und auch in stürmischen Perioden nicht aufgegeben haben. Die Wähler der SPD sind vordergründig mehr als andere von der Ökosteuer betroffen. Nicht jeder hat verstanden, dass die Entlastung des Faktors Arbeit unterm Strich die Belastungen durch teureres Benzin oder Heizöl mehr als wett macht, nicht nur durch verringerte Sozialabgaben, sondern auch und vor allem durch verbesserte Beschäftigungschancen. Aber auch Maßnahmen wie Einkommensteuerreform, Kindergelderhöhung, Heizkosten- und Entfernungspauschale und Wohngeldreform gleichen die Ökosteuerlasten für die sozial Schwächeren mehr als aus.. Doch diese Zusammenhänge liegen nicht auf der Hand und werden von antiökologischen Populisten verdreht und geleugnet. Daher hat die SPD staatsmännischen Mut bewiesen, indem sie ihrer Klientel diese vermeintlich bittere, in Wahrheit heilsame Medizin zugemutet hat.

Wir sind sicher: *Nach* der Bundestagswahl wird auch in Deutschland wieder eine konstruktive Diskussion über die Zukunft der Ökosteuer ab 2003 möglich sein. Es werden sich bis dahin auch die Erfolge deutlicher zeigen. In den Monaten bis zur Wahl können wir uns eine fruchtbare Debatte jedoch nicht vorstellen.

Wuppertal Bulletin Revival

Eine gute Nachricht für alle Ökosteuerinteressenten: Das Wuppertal Institut hat sein schon von 1994 bis 1997 erschienenes Wuppertal Bulletin wieder belebt.

Es erscheint in neuem, sehr attraktiven Format zwei Mal im Jahr und bietet fundierte Diskussionsbeiträge nicht nur zur Ökosteuer, sondern zu allen umweltpolitischen Instrumenten, die zum Klimaschutz beitragen

können.

Sie können das neue Bulletin demnächst (angestrebt wird noch diese Woche) unter folgendem Link herunterladen, es erscheint ausschließlich digital (<http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin>).

Der FÖS hat mit dem Wuppertal Institut eine enge Kooperation vereinbart, nicht nur was den Austausch von Inhalten angeht, sondern auch bei der Distribution der unterschiedlichen Informationsdienste.

Wir werden darüber demnächst ausführlicher berichten.

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Ökosteuern und Zertifikate – Gegensatz oder Ergänzung?

Bisher galt in Deutschland die Ökologische Steuerreform als Königsinstrument für Schritte in Richtung eines ökologischen Strukturwandels. Allerdings bleibt die praktische Umsetzung hinter diesem Anspruch zurück. International gewinnen Emissionszertifikate an Bedeutung. Ergibt sich daraus eine neue Perspektive oder handelt es sich um eine bloße Neuauflage einer Instrumentendebatte, die wirkliche Strukturveränderungen verhindern soll?

Seit April 1999 gibt es die Ökologische Steuerreform (ÖSR) in Deutschland. In der öffentlichen Wahrnehmung zeichnet sie sich bisher allerdings eher durch Negativ- als durch Positivschlagzeilen aus. Aufgrund des öffentlichen Streits bei der Einführung und den zu großzügigen Ausnahmeregelungen für die gewerbliche Wirtschaft wurde in den letzten zwei Jahren kaum ein gutes Haar an der ÖSR gelassen. Hinzu kamen sprunghaft ansteigende Rohölpreise am Weltmarkt, die eine Akzeptanz zusätzlich erschwerten. Darüber hinaus wird – obwohl die nächsten ÖSR-Schritte bis 2003 gesetzlich vereinbart sind – vor und hinter den Kulissen bereits heute heftig über eine neue Ausgestaltung diskutiert.

Vor dem Hintergrund des Kyoto-Protokolls, der UN-Klimakonferenz diesen Juli in Bonn und der "Rio+10"-Konferenz im September 2002 in Johannesburg wird dagegen verstärkt ein neues Instrument diskutiert, das insbesondere seitens der Wirtschaft als *Ersatz* für die ÖSR gehandelt wird: der Handel mit Emissionszertifikaten. Schließen sich beide Maßnahmen aus oder ist ein sinnvolles Zusammenspiel anzustreben, um den ökologischen Strukturwandel, die Reduzierung der Treibhausgase und eine effiziente Ressourcennutzung voranzutreiben?

Zwei Marktinstrumente

Sowohl die ÖSR als auch der Zertifikatehandel sind marktwirtschaftliche Instrumente staatlicher Umweltpolitik. Die ÖSR versucht, die Nutzung fossiler Ressourcen und die Kohlendioxidemissionen über allmählich aber stetig steigende Steuersätze – und damit über den Preis – zu verringern. Die Menge an emittierten Treibhausgasen ist jedoch von der Reaktion der Marktteilnehmer auf die steigenden Preise abhängig.

Der Handel mit Emissionszertifikaten geht genau den umgekehrten Weg. Sind vom Staat erst einmal Zertifikate an die Marktteilnehmer verteilt, kann diese Menge vom Staat - oder von einer zuständigen Aufsichtsbehörde - in stetigen, planbaren Schritten verringert werden. Die Marktteilnehmer wären dann zur Einsparung von Emissionen gezwungen oder müssten sich bei unveränderten oder steigenden Treibhausgasemissionen über den Markt von anderen – progressiveren – Teilnehmern zusätzliche Zertifikate kaufen. Das Klimaschutzziel könnte mit dem Emissionshandel – im Gegensatz zur ÖSR – auf den Punkt genau erreicht werden. Unklar wäre aber der Preis der Zertifikate, der nicht vorgegeben wird, sondern sich am Markt bildet. Dies ist eine der größten Unsicherheiten des Zertifikatehandels.

Das zweite bisher noch ungelöste Problem des Zertifikatehandels ist die Anzahl der Marktteilnehmer. Der Handel funktioniert nur dann, wenn es nicht zu viele Marktteilnehmer gibt und am Markt eine größtmögliche Transparenz herrscht. So funktioniert ein Schwefeldioxid-Zertifikatehandel zwischen wenigen industriellen Emittenten in den USA seit Jahren sehr gut; auch große Konzerne wie BP haben konzernintern einen funktionierenden Zertifikatehandel aufgebaut. Gänzlich ungelöst ist allerdings bisher das Problem, wie ein Handel in Deutschland mit über 80 Millionen Marktteilnehmern oder gar ein länderübergreifender Handel organisiert werden könnte.

Vorteile beider Instrumente nutzen

An Stelle eines drohenden *Konkurrenzkampfes* zwischen ÖSR und Zertifikatehandel könnte in Zukunft ein abgestimmtes Konzept aus *beiden* Maßnahmen stehen. ÖSR und Zertifikate ergänzen sich mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen sehr gut. Die ÖSR entfaltet über steigende Mineralöl- und Stromsteuern besonders in den Bereichen *Verkehr* und *private Haushalte* ihre Wirkung – Bereiche, in denen die Praktikabilität von Zertifikaten bisher noch nicht nachgewiesen werden konnte. Der Zertifikatehandel könnte dagegen insbesondere im Bereich der *gewerblichen Wirtschaft* ein probates Mittel zur Reduktion von Treibhausgasen darstellen.

Bei der Debatte um die Fortführung und zukünftige Ausgestaltung der ÖSR wäre vor diesem Hintergrund eine beengte Sicht auf die Reduzierung der derzeit bestehenden – und zweifelsohne zu weit reichenden – Ausnahmeregelungen für die gewerbliche Wirtschaft zu kurz gegriffen.

Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts im Oktober 2000 zum nationalen Klimaschutzprogramm (1) wurde eine Arbeitsgruppe *Emissionshandel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes* eingesetzt. In dieser diskutieren unter Federführung des Bundesumweltministeriums (BMU) Vertreter verschiedener Bundesministerien mit Vertretern von Wirtschaft und Umweltverbänden über Eckpunkte für ein Emissionshandelskonzept (2). Im Grünbuch der EU-Kommission zum Emissionshandel (3) wird die Zulassung eines Emissionshandels innerhalb von Mitgliedstaaten ab 2005 und ein zwischenstaatlicher Handel ab 2008 angestrebt. Ein darauf aufbauender Richtlinienentwurf der Kommission für die Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten ist in Vorbereitung. Überlegungen über die zukünftige Ausgestaltung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland sollten daher einen möglichen Zertifikatehandel einbeziehen. Denkbar wäre beispielsweise die Abschaffung des bisher geltenden "Spitzenbelastungsausgleichs" in der ÖSR. Durch diesen bekommen Unternehmen den Anteil ihrer Energiesteuerzahlungen, der das 1,2-fache der Rückerstattung durch sinkende Rentenversicherungsbeiträge übersteigt, auf Antrag erstattet. Statt dessen könnten diese Unternehmen an einem nationalen Kohlendioxid-Zertifikatehandel teilnehmen.

Der Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen geht in seinem jüngsten Beschluss zur ÖSR (4) sogar noch einen Schritt weiter. Er fordert eine deutsche Führungsrolle in der internationalen Debatte um den Emissionshandel und bezeichnet die Einführung eines Emissionshandelssystems mit absoluten Emissionsobergrenzen als Ersatz für die "Ökosteuer für die Industrie" ab 2005 als mögliche Option.

Auf Emissionshandel vorbereitet sein

Der bei BP seit Anfang 2000 zwischen 150 Geschäftseinheiten des Konzerns weltweit funktionierende Handel mit Emissionszertifikaten (für einen Mix der Treibhausgase Kohlendioxid und Methan) zeigt auf beeindruckende Weise die Effizienz des Modells: Der Preis für die derzeit gehandelten Emissionslizenzen lag nach BP-Aussagen im Frühjahr 2001 mit durchschnittlich 7,5 US-Dollar pro Tonne deutlich unter den zunächst erwarteten Kosten. Durch den Emissionshandel bekommt die Emission von Treibhausgasen erstmals einen real begreifbaren Preis, der sich mit Investitionen in die Energieeffizienz abgleichen lässt.

Deutschland sollte nicht darauf warten, dass in übergeordneten Institutionen wie der EU oder auch bei den nächsten UN-Klimakonferenzen über einen Emissionshandel entschieden wird. Durch das frühzeitige Sammeln eigener Erfahrungen mit einem integrierten Konzept aus ÖSR und Emissionshandel hätte Deutschland die Chance, im internationalen Klimaschutz Wettbewerbsvorteile zu erlangen – bei Wahrung einer größtmöglichen Flexibilität der eingesetzten Instrumente. Großbritannien ist auf einem solchen Weg bereits einen Schritt weiter (vgl. den Kasten).

Zumindest national besteht jedoch auch die Gefahr, dass ÖSR und Emissionshandel in der Debatte um die Fortführung der Ökologischen Steuerreform und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt werden. Dieser Debatte kann durch ein integriertes Konzept schon im Vorfeld die Basis entzogen werden. Da sich allerdings bereits jetzt in Teilen der Industrie der Widerstand gegen einen Emissionshandel formiert, sind auch bei diesem Instrument ähnliche zähe und kontroverse Diskussionen wie bei der Einführung der ÖSR zu erwarten.

Analog zur ÖSR sind beim Emissionshandel noch zahlreiche Probleme zu lösen, wie zum Beispiel die Abgrenzung von energieintensiven Branchen und die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die Rahmenbedingungen für den Emissionshandel – wie etwa Zuteilung, Reduktionsziel, Sanktionen - müssen daher

vom Gesetzgeber vor Einführung des Handels klar definiert werden. Daher sollten frühzeitig – möglichst schon heute – Modelle und Planspiele zur Umsetzung entwickelt werden.

Die Diskussion um Emissionszertifikate darf aber – bei stets wachsenden Ausnahmen von der ÖSR in Form steigender Subventionen (5) – nicht dazu benutzt werden, eine erneute Instrumentendiskussion zu führen, ohne eine konkrete Umsetzung als Ziel zu haben. Immerhin hat es bereits drei fehlgeschlagene Anläufe zur Einführung eines Zertifikatehandels seitens des BMU in Deutschland gegeben – die Kraft-Wärme-Kopplung ist hier das aktuellste Beispiel.

Liegen die Ursachen für diese bisher gewonnenen negativen Erfahrungen im fehlenden Leistungsvermögen des Systems oder in der fehlenden Bereitschaft der deutschen Wirtschaft, derartige Ansätze konstruktiv aufzugreifen (6)? Die für das Jahresende 2001 angekündigten Ergebnisse der Emissionshandels-Arbeitsgruppe, an der die Wirtschaft maßgeblich beteiligt ist, werden eine erste Antwort auf diese Frage geben. Gleichzeitig dienen sie als Grundlage für eine Diskussion über das *Ob* und *Wie* der Implementierung eines Emissionshandelssystems und das Zusammenwirken mit der ÖSR (*Mario Meinecke und Bettina Schrader*, Originaltext erschienen in *Ökologisches Wirtschaften* 5/01, S. 12-13, Internet: <http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/oekowirt/nr0501.htm>. Wir danken dem oekom-Verlag für die freundliche Genehmigung zum Abdruck).

Zusammenspiel von Climate Change Levy und Emissionshandel in Großbritannien

Vom britischen Finanzminister wurde nach der Klimakonferenz in Kyoto 1997 eine Projektgruppe eingesetzt, die untersuchen sollte, wie Treibhausgasemissionen reduziert werden können ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu beeinträchtigen. Im Ende 1998 vorgelegten Abschlußbericht (7) wurden Maßnahmen wie der Zertifikatehandel und Energiesteuern fokussiert, wobei der Gebrauch von Zertifikaten als Langzeitstrategie gesehen wurde, die mit praktischen Schwierigkeiten verbunden sei und deshalb zum damaligen Zeitpunkt (noch) nicht für sinnvoll erachtet wurde. Die Einführung einer Energiesteuer (Climate Change Levy – CCL) erschien als leichter umsetzbar und wurde nach intensiven Beratungen mit Energieunternehmen, gewerblichen Nutzern, Umweltorganisationen und Wissenschaftlern in einem offenen Prozess angekündigt – parallel zur Einführung der ÖSR in Deutschland im Frühjahr 1999.

Am 1. April 2001 wurde die CCL in Großbritannien mit dem in Kyoto gesetzten Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 12,5 Prozent im Vergleich zu 1990 eingeführt. Im Gegensatz zur ÖSR richtet sich die Steuer nur auf den industriellen Energieverbrauch. Energieintensiven Unternehmen, die von der EU-IVU-Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen erfasst werden, wird eine 80-prozentige Reduzierung der Steuer gewährt, wenn sie alle Energiesparmaßnahmen tätigen, die auch kosteneffektiv sind (8).

Eine Möglichkeit für Unternehmen, in den Genuss dieser Steuerreduktion zu kommen, ist die Teilnahme an einem freiwilligen nationalen Kohlendioxid-Emissionshandel, der sich derzeit im Aufbau befindet. Die im Juni 1999 gegründete *Emissions Trading Group* (ETG) hat hierfür ein Modell entwickelt, das vor kurzem veröffentlicht wurde (9). Britischen Unternehmen eröffnet sich dadurch die Option, an einem möglichen weltweiten Emissionshandelssystem nach Artikel 17 des Kyoto-Protokolls teilzunehmen, für das sie durch das nationale Handelssystem wertvolle Erfahrungen sammeln können.

Anmerkungen

(1) Internet-Download unter <http://www.bmu.de>.

(2) Die AG will nach eigenen Aussagen ab Sommer 2001 über die Homepage des Bundesumweltministeriums (<http://www.bmu.de>) regelmäßig über den Diskussionsstand und erzielte Fortschritte berichten.

(3) Grünbuch zum Handel mit Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union – KOM (2000)87 endg. vom 8.3.2000.

(4) Beschluss des Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen vom 2.7.2001: Ökologisch Steuern für den Klimaschutz – Deutschlands internationale Verantwortung wahrnehmen.

(5) Vgl. den 18. Subventionsbericht der Bundesregierung, der am 25.07.2001 vom Bundeskabinett beschlos-

sen wurde.

(6) Schafhausen, F.: Zertifikatsregelung – Konzeptionelle Schwierigkeiten, instrumentelles Leistungsvermögen, erforderliche Rahmenbedingungen. In: AGU/ DtA (Hrsg.): Umweltforum '99, Bonn 1999, S. 35.

(7) HM Treasury: Economic Instruments and the business use of energy. A Report by Lord Marshall. November 1998.

(8) HM Treasury: Stability and Steady Growth for Britain. Pre-Budget Report, November 1999.

(9) Im Internet unter <http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/trading/pdf/trading-full.pdf>.

Die AutorInnen:

Mario Meinecke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Dr. Ernst U. von Weizsäcker, MdB.

Kontakt: Tel. 030/ 227-74713, Fax -76721, E-mail: <mailto:Mario.Meinecke@gmx.de>.

Bettina Schrader ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen.

Kontakt: Tel. 0421/ 218-9118, Fax -7007, E-mail: <mailto:bettina.schrader@uni-bremen.de>.

Emissionshandel für den Klimaschutz nutzen

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Vorreiterrolle der Bundesrepublik beim Klimaschutz betont und die anspruchsvollen deutschen Ziele zur Minderung der klimaschädlichen Treibhausgase hervorgehoben. Anlässlich einer KfW-Konferenz zum Klimaschutz erklärte Trittin: "Mit ihrem ambitionierten Klimaschutzprogramm hat die Bundesregierung ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit dem Schritt für Schritt der Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen reduziert werden kann. Wir haben schon einen erheblichen Minderungsanteil geschafft. Ich bin zuversichtlich, dass wir unser Ziel erreichen werden."

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich Deutschland verpflichtet, sechs Treibhausgase in der Zeit von 2008 bis 2012 um 21 Prozent zu verringern. Davon sind bereits 18,5 Prozent erreicht worden. Bundesumweltminister Trittin: "Die Bonner Konferenz hat den Weg frei gemacht für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls. Das Entscheidende ist, dass wir nun eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung bekommen, die den weltweiten Ausstoß an Treibhausgasen tatsächlich senken wird. Erstmals ist es der Staatengemeinschaft gelungen, verbindliche Maßnahmen gegen den fortschreitenden Klimawandel zu vereinbaren und ein System zu entwickeln, das die Verfolgung stringenterer Reduktionsziele in der Zukunft ermöglicht."

Das Kyoto-Protokoll erlaubt den Industrieländern, untereinander mit Emissionsrechten zu handeln. Voraussetzung dafür ist allerdings die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Protokolls. Unabhängig davon kann jedes Land einen innerstaatlichen Emissionshandel einrichten, der von den Unternehmen getragen wird. Trittin: "Der Emissionshandel kann sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dafür müssen wir aber absolute Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen festlegen." Die Bonner Klimakonferenz hatte sich darauf geeinigt, dass die Industrieländer einen "signifikanten Anteil" ihrer Emissionsreduktionen im eigenen Land erbringen müssen, der Rest kann im Ausland erbracht werden.

Das Bundesumweltministerium hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis Ende des Jahres Vorschläge für den Emissionshandel vorlegen soll. Daran sind Umweltverbände, Wirtschaftsunternehmen sowie Verbände wie BDI und DIHK beteiligt. Im Herbst will die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf für den Emissionshandel vorlegen.

Solar-Förderverein: Warum übernimmt Umweltminister Trittin die Schirmherrschaft bei einer Zertifikate-Konferenz?

Eines der wichtigen Themen der rot-grünen Bundesregierung ist die Verringerung der Umweltbelastung durch das klimaschädliche CO₂. Hauptverursacher der CO₂-Belastung ist, wie wir wissen, die Nutzung fossiler Energien in der Stromwirtschaft, sowie in der Mineralöl- und Gaswirtschaft. Gegen die Belastungen aus beiden Bereichen hat die Bundesregierung ein gutes Konzept entwickelt, welches sie allerdings bisher nur zögerlich einsetzt, die Ökosteuern. Gegen die Belastung aus dem Strombereich und mit dem Ziel, die Atomenergie überflüssig zu machen, hat die Bundesregierung zusätzlich das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) erlassen, welches weltweit wegen seiner Erfolge Aufsehen erregt.

Doch nun läuft schon seit Monaten bundesweit eine Diskussion über den Zertifikatehandel als Patentrezept,

das die bisherigen Konzepte "ergänzen" bzw. ablösen soll. Vertreter der Bundesregierung und der rot/grünen Regierungskoalition sind aktiv beteiligt.

Wir sind entsetzt. Zwar glauben wir den Vertretern von Bundesregierung und Regierungsfraktion, dass sie möglichst rasch von der Atomenergie und der Nutzung fossiler Energien wegkommen wollen, doch der Wunsch alleine genügt natürlich nicht. Es bringt auch nichts, immer wieder neue Konzepte zu diskutieren. Vielmehr muss ein längst als richtig erkanntes Konzept gegen alle Widerstände bundesweit zielstrebig umgesetzt werden.

Drei Jahre nach Übernahme der Regierungsverantwortung sollten insbesondere die Grünen deutlich machen, dass sie den einmal begonnenen Weg fortsetzen wollen. Bisher stellten die Grünen - völlig zu Recht - das EEG als ihren größten politischen Erfolg dar. Doch warum übernimmt der grüne Umweltminister Trittin die Schirmherrschaft bei einer Veranstaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Thema Zertifikatehandel? Die Übernahme einer Schirmherrschaft ist immer ein politisches Signal. Die Übernahme der Schirmherrschaft über eine Konferenz für Zertifikatehandel halten wir für einen groben Fehler!

In diesem Zusammenhang sei die Frage gestellt, warum überhaupt noch so viele Konzepte diskutiert werden. Das EEG funktioniert, die Ökosteuern werden von allen Umweltverbänden begrüßt, dagegen ist der Zertifikatehandel unerprobt und dort, wo er bisher versucht wurde, ineffektiv. Wer bringt die Volksvertreter dazu, von ihren erfolgreichen Konzepten abzuweichen?

Wir haben häufig genug sachlich begründet, warum das EEG und die Ökosteuern die besten Konzepte sind, und welche sachlichen Einwände es gegen Ökostromhandel, Quotenregelungen sowie insbesondere gegen den Zertifikatehandel gibt. Auf unserer Internetseite <http://www.sfv.de> finden Sie unter den genannten 5 Stichworten von EEG bis Zertifikate viele ausführlich begründete Hinweise. Heute wollen wir die Konzepte einmal aus einem anderen Gesichtspunkt heraus beurteilen, nämlich anhand der Interessenlage der Akteure.

Es geht - wie eigentlich jeder weiß - um einen grundlegenden Interessenkonflikt zwischen ungleichen Gegnern. Der mächtigen, gut organisierten und entschlossenen europäischen Energiewirtschaft steht eine wachsende Gruppe von Befürwortern der vollständigen Energiewende gegenüber. Strategie der Energiewirtschaft ist es, die Stoßkraft ihrer Gegner zu zersplittern. Das Kalkül ist einfach und wirkungsvoll: Je größer die Zahl der Konzepte ist, desto geringer wird eine etwaige parlamentarische Mehrheit für jedes einzelne Konzept. So werden insbesondere die oben genannte Quotenregelung, der Ökostromhandel sowie der Zertifikatehandel von der Energiewirtschaft freudig unterstützt. Alle sollen sie angeblich die Nutzung der fossilen Energien und der Atomenergie zurückdrängen. Wer allerdings das Bestreben der Energiewirtschaft kennt, ihre zentralistischen Strukturen zu erhalten, wird sich über ein gemeinsames Kennzeichen all dieser Konzepte nicht wundern, nämlich über ihre prinzipielle Ineffektivität.

Was uns allerdings sehr wundert, ist die Tatsache, dass wir einige dieser ineffektiven Konzepte immer noch in der Diskussion unter Vertretern der Bundesregierung finden, an erster Stelle den eingangs erwähnten Zertifikatehandel.

Bedenkt man den hier benannten Interessenkonflikt, dann ist die Bewertung all der vorgeschlagenen Konzepte doch so einfach: Man braucht sich nur umzuhören, aus welcher Ecke Zustimmung kommt. Ein Vorschlag zur Zurückdrängung umweltschädlicher Energiebereitstellung, der den Beifall der Energiewirtschaft findet, kann nicht effektiv sein, oder glaubt jemand, er wäre es "versehentlich" doch? (Die Argumentation anhand der Interessenlage mag Ihnen flach vorkommen, sie wird jedoch exakt durch unsere oben erwähnten Sachbeurteilungen bestätigt, die wir im Internet dargestellt haben.)

Umgekehrt sollte man denjenigen Vorschlägen die größte Beachtung schenken, welche auf den schärfsten Widerstand der Energiewirtschaft stoßen. Und damit kommen wir zur Sache.

Die vehementeste Ablehnung seitens der Energiewirtschaft, die wir je erlebt haben (von nur wenigen Stadtwerken abgesehen), gilt dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), einem Gesetz, welches mit Unterstützung aus den Reihen der SPD sehr wesentlich auf die Initiative grüner Abgeordneter zurückgeführt werden kann. Unter diesem Gesetz boomt insbesondere die Windenergie, die eine kostendeckende Vergütung für ihren eingespeisten Strom erhält (die Vergütung für Solarstrom ist noch verbesserungswürdig). Weltweit findet das Gesetz Beachtung und die ersten zaghaften Nachahmer. Ein klares Bekenntnis zu diesem EEG und zur Ökosteuern, den Markenzeichen von Rot/Grün, ist das überzeugendste Konzept. Wir brauchen deshalb keinen

Zertifikatehandel! (Wolf von Fabeck, Solar-Förderverein)

Ökosteuer, aber richtig

Manchmal werden in der Politik gute Ideen so schlecht umgesetzt, dass die Idee darunter leidet. So war es bei der Ökosteuer, leider. Das ist umso bedauerlicher, als es für einen wirksamen Klimaschutz, den hier zu Lande alle politischen Parteien fordern, kaum wirkliche Alternativen gibt.

Diesen Gastkommentar von Thilo Bode in DIE WELT vom 06.09.01 finden Sie bei DIE WELT online unter <http://www.welt.de/daten/2001/09/06/0906fo280164.htx?search=%F6kosteuer>

18. Subventionsbericht: Subventionsabbau mit Augenmaß

Am 25. Juli 2001 hat die Bundesregierung den "Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1999 bis 2002" - den 18. Subventionsbericht - gebilligt.

Die Ausnahmeregelungen der Ökologischen Steuerreform sind als ein Sondertatbestand zu berücksichtigen. Sie wurden vor allem angesichts des Fehlens einer EU weiten Lösung zur Besteuerung von Energieerzeugnissen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zugelassen.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Neue/Weitere-Veroeffentlichungen-.393.6721/18.-Subventionsbericht-BR-Subventionsabbau-mit-Augenmass.htm> und

<http://text.bundesregierung.de/frameset/IxNavi.jsp?nodeID=7071>

Teure Umweltfrevel – Gedanken zum 18. Subventionsbericht

Was nicht geschrieben wird, ist manchmal aufschlussreicher als das gedruckte Wort. An gutem Willen hatte es Finanzminister Hans Eichel nämlich nicht fehlen lassen. Allerdings bremsen ihn, wie aus Kreisen von Fachbeamten zu erfahren ist, Wirtschaftsminister Werner Müller und die Adlaren von Kanzler Schröder aus – weshalb im jüngsten Subventionsbericht eben nicht so genau nachzulesen ist, was sich Rot-Grün an ökologischen Untaten leistet.

Gerne hätte Kassenwart Eichel zur Freude der Grünen dazu einige deutliche Worte verloren, wie noch aus dem Entwurf seines Subventionsberichtes vom April hervorgeht. In dem Rapport, der nächste Woche vom Kabinett gebilligt werden soll, fehlen sie indes. Zum Beispiel, dass die Gewährung der Steinkohlesubventionen „den im Rahmen der Ökologischen Steuerreform gesetzten Anreizen zur verstärkten Nutzung erneuerbarer und CO₂-ärmerer Energien entgegenwirkt“. Und: dass Absatzfinanzierungshilfen für den Export von Airbus-Flugzeugen „ökologisch kontraproduktiv“ sind, weil „sie zu dem überproportionalen Wachstum des Luftverkehrs und den damit verbundenen Umweltbelastungen beitragen“. Selbst die Eigenheimförderung war für Eichel nicht tabu: Sie müsse wegen des „Flächenverbrauchs, der Zersiedlung und des induzierten Verkehrs ökologisch hinterfragt werden“.

So viel Ehrlichkeit war am Ende dann aber doch nicht für alle Roten unter den Rot-Grünen opportun. Immerhin bleibt im Subventionsbericht nachzulesen, dass die Ökosteuer-Ausnahmen für die Wirtschaft von 4,5 Milliarden Mark im Jahr 2000 auf rund 7,6 Milliarden im nächsten Jahr steigen. Fast skurril, dass angesichts dieser Wohltat das Lamento der Wirtschaft gegen die Abgabe ungebrochen ist (Fritz Vorholz, Die Zeit, 19.07.01).

Wenig Öko, dafür Steuer

Ein Artikel, der mal wieder zeigt, dass wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen oder wie ideologisch die Debatte mittlerweile leider belastet ist und wie man selbst spürbare Umwelteffekte klein reden kann. Ein schönes Beispiel, wie man mit Polemik und Halbwahrheiten gegen die Ökosteuer vorgehen kann:

Seit dem vergangenen Jahr, als die Brummifahrer demonstrierten und das Volk protestierte, reden etliche von einer Ölkrise. Und genau wie bei früheren Ölkrisen verhalten sich die Menschen. "Das ist eine Art Schockreaktion", erklärt Professor Winfried Fuest vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die mangelnde Lust am Tanken. So wie 1973 und 1981 fahren die Menschen plötzlich weniger Auto. "Nach ein bis zwei Jahren erholt sich der Mineralölabsatz in der Regel wieder", sagt Heilwig Rieke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Inzwischen aber holt der Weltmarkt die Politik ein. Seit Anfang 1999 stieg der Rohölpreis um das Dreifache. Keine Ökosteuer hätte die Preise so stark und schnell in die Höhe schrauben und gleichzeitig politisch er-

folgreich sein können. Inzwischen, spotten Grünen-Politiker, sei die Entwicklung so, wie es die Partei auf ihrem ominösen Magdeburger Parteitag 1998 gefordert habe: Mit jährlich 30 Pfennig mehr sollte der Spritpreis zügig in die Höhe schnellen und dann fünf Mark erreichen, "Autokanzler" Gerhard Schröder ließ aber nicht mehr als sechs Pfennige pro Jahr zu. Damals noch war die Forderung der Grünen fast einem Dolchstoß gleichgekommen.

Bereits im vergangenen Winter mußte der Kanzler das Volk beruhigen und dem Protest der Straße nachgeben. Schleunigst hob er die Entfernungspauschale an, verteilte einmalig Heizkostenzuschüsse, damit die Deutschen zu Hause nicht frieren - vor allem aber, um sein Image als Retter in der Not zu wahren. Die Ökosteuererhöhung war damit kompensiert, nur der steigende Ölpreis und der Dollarkurs nicht.

Jetzt flucht das Volk wieder, flucht dessen Stimme, die "Bild"-Zeitung, über die hohen Spritkosten und immer wieder fällt das Streitwort "Ökosteuer". "Wir hätten die Steuer damals danach nennen sollen, was sie ist: Eine Abgabe auf Energie", sagt Bundesfinanzminister Hans Eichel heute. Heute aber fragt sich jeder, was das "Öko" im Namen bedeutet. Die Grünen aber wissen: Hätten sie den Deal mit der Entlastung der Rentenkassen nicht gemacht, wäre die Ökosteuer nie vom Finanzminister abgesegnet worden. "Es war der Webfehler der Steuer, dass das Aufkommen in die Sozialversicherung und nicht in ökologische Projekte fließt", sagt Stephan Kohler, Leiter der Deutschen Energieagentur. IW-Forscher Fuest hält die versprochene Dividende aus sinkenden Sozialbeiträgen und Umweltnutzen sogar für eine "wissenschaftliche Verbrämung".

Generell stellen Ökonomen die Steuer in Frage. "Die Ökosteuer ist in ihrer Konstruktion problematisch", sagt DIW-Forscherin Rieke. Das große Ziel, den Kohlendioxidausstoß zu verringern, spielt nahezu keine Rolle. Der Ökonom Hans-Jürgen Ewers von der Technischen Universität Berlin etwa klagt, dass Benzin mit über 500 Mark je Tonne CO₂ besteuert werde, Diesel nur mit etwa 400 Mark und Kohle sogar überhaupt nicht. "Hier wird auf dem Verkehr herum gedroschen", sagt er. "Das ist keine überzeugende Verkehrspolitik."

Vor allem ist es keine überzeugende Umweltpolitik. Verbraucher haben keine Chance, zwischen umweltfreundlichen und -schädlichen Energieträgern zu wählen. Energiekonzerne, die neue Kraftwerke bauen wollen, zahlen am wenigsten Steuern, wenn sie Kohlekraftwerke bauen, die eine Menge CO₂ in die Luft pusten. "Dass energieintensive Betriebe auch noch von der Ökosteuer ausgenommen sind, ist nicht gerade ökologisch sinnvoll", kritisiert DIW-Expertin Rieke die Ausnahmeregel bei der Steuer. .

Für ebenso unrealistisch halten Wissenschaftler die Hoffnung der Ökosteuer-Fans, Autofahrer würden freiwillig auf den Nahverkehr oder das Fahrrad umsteigen, wenn nur die Preise steigen. Trotz des gesunkenen Benzinverbrauchs um fünf Prozent (2000) rechnen die Verkehrsexperten des Ifo-Instituts in München damit, dass gerade einmal 1,6 Prozent weniger gefahren wurde. Ein Prozent weniger Fahrleistung bedeutet eine Zunahme beim Öffentlichen Nahverkehr um vier Prozent. Der Nahverkehr konnte 2000 aber nur ein Plus von 0,8 Prozent verzeichnen. Fahrten wurden also ausgelassen, durch Neuwagen weniger Benzin verbraucht oder schlicht sparsamer gefahren. Genauer kann niemand sagen.

Der Ökosteuer rechnet aber kein Ökonom ernsthaft einen Erfolg zu. Vor allem im Verkehr entscheidet weniger der Preis an der Zapfsäule, ob weniger Auto gefahren wird oder nicht. Unabhängig, flexibel wollen die Menschen sein, wie Verkehrsforscher immer wieder feststellen. Der Nahverkehr erfüllt diese Bedingungen nur in Großstädten. "Die Bereitschaft zu wechseln tendiert gegen Null", hat auch das Ifo-Institut in einer Studie festgestellt. Zudem steigt vor allem der Freizeit- und Urlaubsverkehr, den der Nahverkehr kaum bedient. "Die Benzinpreise müßten sehr stark steigen, um einen Bewußtseinswandel einzuläuten", sagt Ifo-Expertin Hildegard Arnold-Rothmaier. "Das ist aber politisch nicht opportun."

Inzwischen glauben auch Politiker, wie die energiepolitische Sprecherin der Grünen, Michaela Hustedt, dass die Ökosteuer als langfristiger Benzin-Preistreiber nur ein Konstrukt für den Übergang sein kann. "Ziel muss der CO₂-Zertifikatehandel sein", sagt sie. Dieser Weg allerdings ist mühselig, nicht zuletzt, weil sich Energieintensive Industrien wie beim Stahl oder der Chemie sträuben. Ewers und andere Ökonomen fordern als ersten Schritt eine Steuer anstelle der Ökosteuer, die sich daran mißt, wieviel CO₂ in die Luft gepustet wird. So entscheidet der Autofahrer nicht nur darüber, ob er fahren will, sondern wieviel CO₂ er in die Luft pustet. Wer ein schadstoffarmes Auto kauft oder den Nahverkehr nutzt profitiert, wer näher an den Arbeitsplatz zieht oder in seiner Freizeit mehr mit dem Fahrrad fährt ebenso.

Die Mineralölwirtschaft jedenfalls stellt sich auf sinkende Benzinverbräuche ein. Bis zu 30 Prozent weniger werden die Deutschen bis 2015 verfahren, dank schadstoffarmer Fahrzeuge und besserer Kraftstoffe - ohne Druck der Ökosteuer (Volker Maischberg, <http://www.marktwoche.de>, Online-Magazin und Artikel-Marktplatz freier Journalisten).

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Umweltverbände fordern Ergebnisse bei der EU-Energiesteuerharmonisierung

Am 16. Oktober trafen sich in Luxemburg die Wirtschafts- und Finanzminister der EU zu einer Sitzung des ECOFIN-Rates. Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU fordern von den Finanzministern, ihre Bemühungen um eine Lösung der langjährigen Debatte zur Harmonisierung der Energiesteuern in der EU zu verstärken. Die oben genannten Umweltverbände veröffentlichten daher im Vorfeld folgende Presseerklärung:

Seit Jahren blockiert nur noch die spanische Regierung eine Einigung; allerdings hat diese Woche der spanische Regierungschef Aznar das erste Mal in einer spanischen Zeitung angedeutet (s.u.), dass er diese Blockade fallen lassen könnte - allerdings nur, wenn Frankreich seinen Widerstand gegen die Öffnung der Strommärkte aufgeben würde. "Sowohl Spanien als auch Frankreich müssen sich in beiden Dossiers endlich bewegen", fordert Anja Köhne (EU-Koordinatorin beim DNR).

Die deutschen Umweltverbände fordern Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer dazu auf, ihre guten Beziehungen zur spanischen und französischen Regierung einzusetzen, und ihre Kabinettskollegen Eichel und Trittin in dieser Angelegenheit stärker zu unterstützen. "Beim gerade vergangenen Deutsch-Spanischen Gipfel hat der Bundeskanzler leider versäumt, Aznar auf dieses Thema anzusprechen", bedauert Anja Köhne.

Bedeutung messen die Umweltverbände dem Tagesordnungspunkt Globalisierung und Entwicklung zu. Darunter fallen Fragen wie die gesamtwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Auswirkungen von Schwankungen der Finanzmärkte, Finanzmarktstabilisierung, sowie die Finanzierung der Entwicklungshilfe. Es wird erwartet, daß der ECOFIN-Rat der Europäischen Kommission den Auftrag erteilen wird, bis zum ECOFIN am 14. Dezember einen Bericht zur Entwicklungshilfefinanzierung vorzulegen, in dessen Erarbeitung die EU-Mitgliedsstaaten eng eingebunden werden sollen, da die Verantwortung für die staatliche Entwicklungshilfe (ODA) auf nationaler Ebene liegt.

Die Umweltverbände fordern, dass beim ECOFIN-Rat konkrete Schritte unternommen werden, um das bei der Rio-Konferenz 1992 gegebene Versprechen zu erfüllen, 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Während der Göteborger Rat im Juni 2001 dieses Ziel bekräftigt hat, wird der deutsche Bundesetat 2002 für die Entwicklungszusammenarbeit von der Bundesregierung nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand sogar reduziert statt aufgestockt. "Wenn die Industriestaaten ihre Verpflichtungen für die Entwicklungs-Zusammenarbeit nicht ernster nehmen, werden die Entwicklungsländer den Rio+10-Gipfel in Johannesburg scheitern lassen", warnt Daniel Mittler vom BUND.

Der DNR fordert darüber hinaus die Integration von Umweltzielen in nationalen wie EU-Entwicklungshilfeprogrammen.

Hinsichtlich der Ziele Stabilisierung der Finanzmärkte, Finanzierung von Entwicklungshilfe und politisch gerechte Ausgestaltung der Globalisierung sieht es der DNR als unverständlich an, daß die Tobinsteuer auf dem informellen Rat vom September (s. DNR PM 60/2001) entgegen vollmundiger Ankündigungen einiger Politiker verschiedener EU-Staaten kaum ernsthaft behandelt wurde.

Weitere Themen auf der - bislang allerdings noch provisorischen - Tagesordnung:

- Orientierungsdebatte zum Beschäftigungspaket: Dieses wurde auf dem Rat der Arbeits- und Sozialminister am 8. Oktober verabschiedet (s. DNR-Presseshintergrundinformation 62/2001);
- Finanzdienstleistungen: Orientierungsdebatte zu institutionellen Fragen;

- Geldwäsche (u.a. Finanzierung von Terror-Organisationen);
- Einführung des Euro;
- Pensionssysteme (u.a. betriebliche Altersversorgung): Angleichung der Mitgliedsstaaten über die "Methode der Offenen Koordinierung";
- Verschiedene steuerpolitische Dossiers, u.a. Zins-Richtlinie.

Weitere Informationen:

- Anja Köhne, Telefon 0170 / 3202 503, Telefon 030 / 4433 91-39
Claudia Kabel, Telefon 030 / 4433 91-40

Wir können Ihnen weitere Kontakte zu allen angesprochenen Einzelthemen nennen.

- zu EU-Energie- und Öko-Steuern: Sylvain Chevassus, Europäisches Umweltbüro (EEB), Telefon 0032 / 2 / 289 109-0; www.eeb.org
- zu Energie-/Ökosteuern: Matthias Seiche, BUND, Telefon 030 / 275 864-33, -0
- zu Rio+10: Daniel Mittler, BUND, Telefon 030 / 275 864-68
Jochen Flasbarth, NABU, Telefon 0228 / 4036-150
- zu Rio+10: Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung, Telefon 0228 / 35 97 04.

Die EU-Koordination des DNR bietet zu den EU-Ministerratssitzungen sowie zu anderen tagespolitischen Ereignissen der EU Presse-Hintergrundinformationen aus deutscher und umweltpolitischer Sicht an. Der diesbezügliche Journalistenverteiler (Email und Fax) wird derzeit ausgebaut; Interessenten melden sich bitte unter <mailto:anja.koehne@dnr.de> bzw. <mailto:claudia.kabel@dnr.de> oder unter 030 / 4433 91-40 oder -39. Informationen zur EU-Umweltpolitik bietet außerdem unser Monatsheft "DNR EU-Rundschreiben" sowie unsere Homepage unter http://www.dnr.de/neu/dnr_news/index_en.htm. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.dnr.de/eu-koordination>.

Anmerkung der Redaktion: Das Thema „Harmonisierung der Energiesteuern in der EU“ stand nicht auf der Tagesordnung der Sitzung des ECOFIN-Rates und wurde in der Sitzung nicht angesprochen.

EU-Energiesteuer zur Not auch ohne Spanien

Spanien hat sich beim informellen Ecofin am 20.09.2001 in Lüttich einmal mehr gegen EU-weite Regeln zur Energiebesteuerung gestellt. Da damit die Regierung in Madrid weiterhin allein gegenüber den anderen 14 Partnern steht, sollen nun die Staats- und Regierungschefs eine Entscheidung herbeiführen.

Entweder der EU-Gipfel Mitte Dezember in Brüssel-Laeken einigt sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu Fünfzehnt oder aber die anderen EU-Staaten wollen ohne Spanien an einem gemeinsamen Regelwerk arbeiten. Dies, so hat Ratspräsident Didier Reynders am Samstag zum Abschluss der Beratungen berichtet, könne „beispielsweise“ auch mit dem im Nizza-Vertrag eingeführten Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit“ geschehen. Der Nizza-Vertrag ist allerdings noch nicht ratifiziert. Die EU-Energieminister sollen nach Angaben von Reynders am 3. Dezember über die Energiesteuer beraten. Bundesfinanzminister Hans Eichel räumte am Rande der Tagung in Lüttich ein, dass es dort keinen Fortschritt gegeben habe. Spanien stelle die Steuerfrage in Beziehung zur Liberalisierung des Strom- und Gasbinnenmarkts in Europa und sei dabei nicht bereit, über Mindeststeuersätze für Energieträger zu verhandeln. Entweder der Streit löse sich bis Jahresende auf, oder die anderen EU-Staaten versuchten (ähnlich wie bei der Währungsunion) ohne Spanien voranzugehen (vwd Energiemärkte Aktuell, 24.09.01).

Gibt Spanien seine Blockade auf?

Die spanische Regierung nimmt Abstand von ihrem Veto gegen die europäische Richtlinie über die Energiebesteuerung, mit dem auf die französische Weigerung zur fortschreitenden Liberalisierung des Sektors reagiert wurde. Der Wirtschaftsminister fordert im Gegenzug eine Mehrwertsteuersenkung bei Butan und den Autobahnen.

Die belgische Präsidentschaft der EU drohte Spanien damit, es im Dezember von der Liste der Länder zu

streichen, die sich am Harmonisierungsprojekt beteiligen. Regierungsnahe Quellen hingegen versichern, dass die Entscheidung von Paris über eine Vervierfachung der Verbundleistung über die Pyrenäen den Ausschlag für eine Beendigung der Blockadepolitik gegeben hat.

Die Regierung von José Maria Aznar hatte jeglichen Fortschritt bei der steuerlichen Harmonisierung des Energieverbrauchs von der Liberalisierung des Sektor abhängig gemacht, ein Projekt, welches wegen der Haltung der französischen Regierung seit Monaten stillsteht.

Der Wirtschaftsminister, Rodrigo Rato, erklärte im Juni, dass dieses Projekt „nur im Rahmen eines funktionierenden Binnenmarktes sinnvoll ist“.

„Da dies bei den meisten Energiepolitiken nicht der Fall ist“, folgerte der Minister, der gleichzeitig zweiter Vizepräsident ist, „können wir den Nutzen oder die Zweckmäßigkeit nicht nachvollziehen“.

Das Blatt hat sich seither gewendet, wie regierungsnahe Quellen bestätigen, und das ist insbesondere auf die kürzlich von der Electricité de France (EDF) eingegangene Verpflichtung zurückzuführen, innerhalb von 10 Jahren die Verbundkapazität zwischen dem französischen und dem spanischen Stromnetz um das Vierfache zu erhöhen (derzeit beträgt sie lediglich 1000 Megawatt/Stunde).

Der Druck Belgiens, das am 31. Dezember Spanien die Nachfolge des EU-Vorsitzes übergibt, könnte ebenfalls ein entscheidender Faktor für den Richtungswechsel sein. Der belgische Finanzminister Didier Reynders bestand wiederholt darauf, den Ländern, die sich weigern, Fortschritte bei Harmonisierung der Energiebesteuerung zu machen, auf dem Abschlussgipfel der belgischen Präsidentschaft ein Ultimatum zu stellen.

Belgien, das von einer Koalition unter Beteiligung der Ökologischen Partei regiert wird, zieht in Betracht, im Energiebereich ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu schaffen und die Länder zurückzulassen, die sich gegen die Harmonisierung stellen.

Madrid gibt zu, dass es in seinem Kampf weniger um die theoretische Liberalisierung des Marktes ging, als um die faktische Handelsmöglichkeit zwischen zwei Staaten, wie es regierungsnahen Personen zufolge heißt. „Worum es uns geht, ist, dass unsere Unternehmen so auf dem französischen Markt tätig werden können, wie Edf bei uns.“

1999 exportierte Frankreich 66.668 Gigawatt/Stunde, die spanischen Stromversorger hingegen nur 5.905.

Die Harmonisierung der Energiebesteuerung ist ein altes Gemeinschaftsprojekt, das aus dem Jahr 1997 stammt.

Die Idee, die derzeitige Abstimmungspolitik der Besteuerung von Kraftstoffen auf alle Energiequellen auszuweiten, stieß von Anfang an auf den Widerstand Spaniens.

Der Wirtschaftsminister weist auf das Inflationsrisiko durch eine Steuererhöhung in Konvergenzländern wie Spanien, Irland, Portugal und Griechenland hin, die weiterhin einen hohen Energiebedarf hätten.

Rato forderte die Europäische Kommission auf, eine Studie über die möglichen Auswirkungen einer Anhebung auf den Verbraucherpreisindex zu erarbeiten.

Der eigentliche Vorschlag des damaligen Kommissars für Steuerangelegenheiten, Mario Monti, sah für Spanien einen Preisanstieg von 6% für bleifreies Benzin und von 7% für Diesel vor. Die neue Richtlinie sollte Spanien außerdem dazu verpflichten, die Steuern auf Strom, Kohle und Erdgas zu erhöhen.

Die Europäische Kommission, die sich bei ihren Initiativen nicht nur von Erwägungen im Umweltbereich leiten lässt, sondern sich auch um die Senkung der Steuerlast beim Arbeitseinkommen bemüht, bot jedoch im Gegenzug eine niedrigere Mehrwertsteuer bei arbeitsintensiven Aktivitäten an. Seit dem 1. Januar 2000 können Frisiersalons, Schuster- und Fahrradwerkstätten sowie Haushaltshilfen diese Senkung nutzen, wenn die Mitgliedsstaaten sich dafür entscheiden. Der derzeitige Kommissar für Steuerangelegenheiten, Frits Bolkestein, wird 2002 die Auswirkungen dieser Maßnahme überprüfen, um sich für ihre mögliche Ausdehnung oder Erweiterung auszusprechen.

Rodrigo Rato hat dem Kommissar bereits seinen Forderungskatalog vorgelegt. Auf dem informellen Treffen der Wirtschaftsminister der EU in Lüttich am 22. September setzte er sich für niedrigere Mehrwertsteuern auch für den Butanverbrauch und die Autobahngebühren ein. Weniger als 24 Stunden zuvor hatte sein Kollege vom Finanzministerium eine Steuererhöhung bis auf 16% in beiden Bereichen angekündigt, um so den Forderungen der EU-Kommission im ersten Fall und denen des Gerichtshof in Luxemburg im zweiten Fall

nachzukommen.

Bolkestein sagte am Ende des Treffens in einer ersten Bewertung: „Noch mehr unterschiedliche Regelungen bei der Mehrwertsteuer werden nur dazu beitragen, den Binnenmarkt zu schwächen.“

Das Projekt der europäischen Kommissarin Loyola de Palacio zur vollständigen Öffnung des Europäischen Binnenmarktes für Gas und Strom vor dem Jahre 2005 könnte ebenfalls dem Richtungswechsel der Regierung von Aznar zum Opfer fallen. Das Projekt der Kommissarin geriet schon angesichts des deutsch-französischen Abwehribündnisses auf dem Gipfel von Stockholm ins Straucheln.

Der nächste Gipfel von Barcelona, im Frühjahr 2002, hätte ein geeigneterer Zeitpunkt sein können, um die Debatte wieder aufzugreifen. Aber jetzt wird einer ihrer wichtigsten Vorkämpfer wegfallen. Der Staatssekretär für die EU, Ramón de Miguel, hat bereits angedeutet, dass die Liberalisierung des Energiemarktes nicht eine Priorität des spanischen EU-Vorsitzes ist [Ob dieser Pressebericht, der immerhin in einer Wirtschaftszeitung in Spanien erschien, tatsächlich zutrifft, ist aber (leider) noch nicht ganz klar - erste hoffnungsvolle Anzeichen dafür gibt es jedoch. Skepsis ist dennoch angebracht (A.d.R.)].

(Bernado de Miguel, Brüssel, Erschienen am 10.10.2001 in der spanischen Wirtschaftszeitung „Cinco Días“).

Verbraucherverbände für EU-weite Ökosteuern

Eurocoop (European Community of Consumer cooperatives) spricht sich für eine Einführung von EU-weiten Steuern auf Verschmutzung aus. Gleichzeitig warnt Eurocoop vor sozialer Ungerechtigkeit aufgrund von Steuererhöhungen.

Consumer cooperatives back EU-wide green taxes

Gradual introduction of EU-wide taxes on polluting activities should be pursued as a "useful addition" to environmental regulation, concludes a group representing cooperatives used by 21m European consumers. In a recently-published position paper on green taxation, Eurocoop acknowledges the political obstacles to harmonised EU taxes but argues that measures applying across the bloc "would ensure consistency for consumers".

Eurocoop expresses concern, however, that poorly-designed green taxes could be socially-regressive. Policymakers must guard against increasing the tax burden of poorer consumers, its paper says, citing as an example the risk that simple increases in road fuel tax would hurt poorer motorists most.

The paper also calls for early removal of subsidies to environmentally-damaging activities, public communication on the benefits of green taxation and further development of ecolabels to expand their consumer influence beyond current "marginal effects".

Eurocoop's position paper is a response to last year's European Commission communication on options for integrating economic and environmental issues (Environment Daily 1067, 25/09/01).

Großbritannien kämpft gegen EU-weite einheitliche Benzinsteuern

Die Höhe der Besteuerung von Benzin sollte den Mitgliedsstaaten überlassen werden und nicht von Brüssel diktiert werden, so ein Sprecher des britischen Finanzministeriums. Eine Harmonisierung würde die britischen Benzinsteuern, die gegenwärtig die höchsten innerhalb der EU sind, verringern und somit Steuereinnahmeverluste in Milliardenhöhe bedeuten.

UK Opposes Harmonization of Fuel Tax

A Treasury spokesperson announced September 14 that the UK will oppose efforts to harmonize fuel taxes across the EU. "We do not believe in tax harmonization," he said, adding "the setting of taxation rates is a matter for individual member states." The UK currently taxes fuel at the highest rate among EU countries. Harmonization would reduce those taxes and cost the Treasury "billions in lost revenue" according to the spokesperson. In a white paper on the subject, the European Commission had argued that differing fuel tax rates among EU member states and a fully competitive road transport sector has created distortions in the marketplace and forced truckers to compete on unequal footing. The EC white paper also said that harmonization of fuel tax rates would bring environmental benefits to all member states (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, September 17, 2001, p. G-5) (Tax News Update Vol. 19, No. 12, 25.09.01).

Ökosteuer für Touristen auf den Balearen aufgeschoben

In den ÖkoSteuerNews 3 berichteten wir über die Einführung einer Ökosteuer für Touristen auf den Balearen. Das spanische Verfassungsgericht hat dies zunächst gestoppt.

Balearic tourism ecotax suspended

Spain's constitutional court yesterday ordered a delay before the Balearic Islands can implement a controversial ecotax on tourism while it considers an appeal against the measure by the federal government. The tax was due to take effect next month after being approved by the regional Balearics government in April.

The Spanish government announced its intention in July to appeal against the ecotax, arguing that it would illegally place a double fiscal burden on activities already liable to VAT or company taxation. The move also has political overtones given the background of hostility between the centre-right government in Madrid and the socialist-green coalition in power in the Balearics.

The Balearic government's reaction to the delay has been low-key, describing the court's decision as "normal" and "expected".

The tax is designed to finance environmental protection and restoration by charging each adult visitor to the islands an average one euro per day. However, the regional government had already excluded the anticipated euros 60m annual revenue from its 2002 budget plans (Environment Daily 1064, 20/09/01).

Brüssel will die Mineralölsteuer für Lkw in allen Mitgliedsländern angleichen

Die EU-Kommission wagt einen neuen Vorstoß zur Harmonisierung der Mineralölsteuern. Noch in diesem Jahr will die Brüsseler Behörde einen Richtlinienvorschlag veröffentlichen, der einheitliche Benzinsteuersätze im gewerblichen Bereich zum Ziel hat.

Die Sätze variieren bislang um mehrere hundert Prozent. So erhebt Großbritannien pro 1 000 Liter Dieselmotorkraftstoff 765 Euro, Griechenland jedoch nur 245 Euro. In Deutschland werden nach den Brüsseler Vergleichszahlen 409 Euro fällig.

"Unter den extremen Differenzen leidet die Wirtschaft" sagte gestern der Sprecher von Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein. Der Durchschnittswert für die Gemeinschaft beträgt zur Zeit 341 Euro für 1 000 Liter. "Wir können uns eine Marge vorstellen, die knapp darüber liegt", ergänzte der Sprecher der für Verkehrspolitik zuständigen stellvertretenden Präsidentin der EU-Kommission, Loyola de Palacio.

Bereits 1997 hatte der damalige Binnenmarkt-Kommissar Mario Monti dem EU-Ministerrat eine Initiative zur Vereinheitlichung der gewerblichen Mineralölsteuer präsentiert. Der Regelungsversuch scheiterte jedoch am Widerstand zahlreicher EU-Staaten.

Nach Überzeugung der Kommission ist der Handlungsdruck seitdem erheblich gewachsen. Während der jüngsten Ölpreiskrise im Herbst vergangenen Jahres gaben die Länder Frankreich, Italien und die Niederlande dem Druck zahlreicher Lkw-Blockaden nach und machten den Spediteuren nationale Steuergeschenke. Diese Subventionen heizten nach Überzeugung der Kommission die bereits bestehenden Wettbewerbsverzerrungen an. Auch der Bundesverband Güterkraftverkehr (BGL), Logistik und Entsorgung fordert eine Harmonisierung der Mineralölsteuern. "Der Steuerdschubengel in Europa belastet das Frachtgewerbe", sagte ein BGL-Sprecher auf Anfrage. Für eine Angleichung der gesamten Mineralölsteuer glaubt die Kommission nicht genügend rechtliche Handhaben zu besitzen. Anders als der gewerbliche Lkw-Verkehr ist der Privatverkehr nicht Binnenmarkt-relevant.

Morgen will die Kommission ihr Weißbuch zur künftigen Verkehrspolitik veröffentlichen. Darin heißt es, ohne Gegensteuern werde der Straßenverkehr innerhalb der nächsten 10 Jahre um 50 % wachsen. Als Gründe nennt die Kommission den Jahr für Jahr steigenden Lkw- und Pkw-Bestand. "Ohne tiefgreifende Maßnahmen werden zahlreiche, jetzt schon belastete Strecken bis zum Jahr 2010 kollabieren", warnt das Weißbuch.

Ohne konkrete Regelungsvorschläge zu präsentieren, empfiehlt de Palacio ein stärkeres Verlagern der Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene. Zudem befürwortet sie den Ausbau von Finanzierungssystemen, die sich am Verursacherprinzip orientieren. Demnächst will Brüssel ein eigenes Strategiepapier zur Ermittlung der Wegekosten vorlegen. Die Einführung einer Lkw-Maut in Deutschland kommentierte ein Kommissionssprecher gestern als "begrüßenswerten Schritt".

Nicht durchsetzen konnte sich Umweltkommissarin Margot Wallström mit ihrer Forderung, das Verkehrswachstum auf höchstens 2 % unterhalb der Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes zu begrenzen. Der Vorschlag wurde von de Palacio als "zu planwirtschaftlich" abgelehnt (Michael Scheerer, Handelsblatt 11.09.01).



Güterverkehr in Europa: Nichts als Lastwagen?

Haben Sie als Fußgängerin oder Radfahrer nicht auch manchmal das Gefühl, dass es immer mehr Lastwagen gibt auf unseren Straßen? Damit liegen Sie nicht falsch. In den letzten dreißig Jahren ist der Güterverkehr in Europa beispiellos angewachsen und dies vorwiegend auf der Straße. Zweifellos ist Verkehr von zentraler Bedeutung für das Funktionieren einer modernen Wirtschaft. Diese Wirtschaft verlangt je länger je mehr nationale und internationale Mobilität der Arbeitskräfte, sie verteilt die Produktion immer mehr auf verschiedene Standorte und externalisiert die Lagerungsfunktionen. „Globalisierung“ und „Just in time“ sind die Stichworte der modernen Industrieproduktion. Die Lagerhäuser verschieben sich auf die Autobahnen, die Zulieferung ist fester Bestandteil der gesamten Produktionskette oder wie es im Fachdeutsch heißt des „supply chain managements“. Muss dies jedoch so sein? Ist dies der einzige Weg, wie die Wirtschaft funktionieren kann oder steht dahinter gar ein nahezu ‚naturwissenschaftliches‘ Gesetz? Der folgende Artikel beleuchtet die Entwicklung und die Gründe, wie es zu einem solchen Verkehrswachstum kommen konnte, was die Folgen dieser Entwicklung sind und was dagegen unternommen werden kann und muss.

Wachsender Straßengüterverkehr ...

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich der Güterverkehr gemessen an den Tonnenkilometern in den Mitgliedsstaaten der EU verdoppelt. Der größte Teil des Wachstums entfiel dabei auf den Straßengüterverkehr. Dieser nahm zwischen 1970 und 1998 von 400 Mrd. Tonnenkilometer auf über 1.200 Mrd. Tonnenkilometer zu. Die anderen Verkehrsträger blieben in der selben Zeit dagegen mengenmäßig konstant oder verzeichneten sogar einen geringen Verkehrsrückgang, zum Beispiel der Eisenbahngüterverkehr. Das Wachstum des Verkehrs insgesamt folgte bis zu Beginn der neunziger Jahre dem Wirtschaftswachstum. Seither wuchs der Güterverkehr sogar stärker als die Wirtschaft. Das bedeutet, dass mehr transportiert wird, um die

selbe Gütermenge herzustellen. Ökonomisch gesprochen hat sich die Effizienz des Systems somit verschlechtert.

... und seine Folgen

Aufgrund dieses einseitigen Wachstums des Straßengüterverkehrs haben sich die Verkehrsanteile stark zugunsten der Straße verschoben. Während vor dreißig Jahren die Straße noch einen Verkehrsanteil von weniger als 50 Prozent aufwies sind es heute schon fast 75 Prozent. In der selben Zeit ist der Anteil des Schienengüterverkehrs von über 30 auf 10 bis 15 Prozent gesunken. Die Folgen davon sind nur allzu offensichtlich: überlastete Transitrouten und Agglomerationen, hohe Belastungen der Straßen und damit hohe Unterhaltskosten, aber auch zunehmende Belastungen für Mensch und Umwelt. Luft- und Lärmemissionen haben direkte Auswirkungen auf die Gesundheit. Doch auch der Verlust von natürlichem Lebensraum und die damit verbundene Bedrohung der Artenvielfalt hängen mit dem ständig wachsenden Verkehr und dem bis lang automatisch damit verbundenen Ruf nach mehr Verkehrsraum zusammen. Insbesondere der Straßen-Schwerverkehr stellt auch ein Sicherheitsrisiko für andere Verkehrsteilnehmer und die Bevölkerung dar. Eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung stellt die globale Erwärmung durch erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen, allen voran CO₂ dar. Während andere Bereiche einen Rückgang verzeichnen, steigt der verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß weiter an. Die Erreichung der Klimaziele des Kyoto-Protokolls hängen in Europa im wesentlichen vom Verkehr ab.

Die einseitige Abhängigkeit von einem Verkehrsträger hat jedoch nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft negative Folgen. Diese wurden im Herbst letzten Jahres besonders deutlich, als sich die Transporteure in vielen europäischen Ländern mit Blockaden gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise wehrten und damit nicht nur den Straßenverkehr, sondern in einigen Gegenden auch bereits die Industrie zum Erliegen brachten. Dadurch wurde die Verletzbarkeit einer Wirtschaft, die sich vorwiegend auf einen Verkehrsträger und eine Energiequelle stützt, offensichtlich.

Kein Ende der Misere

Die Prognosen für die nächsten Jahre lassen leider keine Besserung erhoffen. Der Güterverkehr wird weiter wachsen. Experten rechnen nicht mit einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum. Das heißt, solange die Wirtschaft wächst, wird auch der Güterverkehr weiter anwachsen. In den kommenden 10 Jahren ist dabei mit einem zusätzlichen Wachstum der Verkehrsmenge in Zusammenhang mit dem Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder zur EU zu rechnen. Die Verkehrsströme können sich in Zukunft also verschieben. Zusätzlich zum Nord-Süd-Verkehr gewinnt der Ost-West-Verkehr zunehmend an Bedeutung, was in besonderem Maße Österreich betrifft. Neue Länder werden zu Transitländern und zusätzliche sensible Gebiete werden tangiert.

Falsche Preissignale

Das dargestellte Verkehrswachstum in den vergangenen 30 Jahren ist einerseits durch das Wirtschaftswachstum verursacht. Der gleichzeitige Wandel zu der „just in time“ Produktion und zur zunehmenden globalen Arbeitsteilung hat zusätzlich zum Verkehrswachstum beigetragen. Diese Entwicklungen beruhen jedoch nicht auf einem natürlichen Grundgesetz, sondern sind eindeutig die Folge falscher Preissignale und politischer Entscheidungen, die das Wachstum des Straßenverkehrs begünstigen. Während Jahren wurden hohe Summen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert. Dabei entfielen zwei Drittel auf den Bau von Straßen und etwa ein Viertel auf die Eisenbahnen. Das europäische Straßennetz wurde seit 1970 in etwa verdreifacht, während das Eisenbahnnetz mit Ausnahme der Hochgeschwindigkeitsstrecken nicht ausgebaut und sogar nicht mal genügend erneuert wurde. Dieser Ausbau der Verkehrsnetze hat die Kosten für den Straßenverkehr vermindert und somit dessen Attraktivität erhöht.

Der Abbau von Hindernissen und der freie Austausch von Waren, Personen und Dienstleistungen stellt eines der Ziele der EU dar. Durch die Liberalisierung der Verkehrsmärkte wurden die Kosten des Verkehrs weiter gesenkt und dessen Attraktivität erhöht. Die Eisenbahnen haben diese Entwicklung bis lang noch kaum oder zumindest ungenügend mitgemacht. Während es für einen Lastwagen einfach ist quer durch ganz Europa zu fahren, ohne technische und institutionelle Hindernisse, dominieren im Schienenverkehr immer noch die nationalen Grenzen. Die Eisenbahnen haben dadurch in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Verkehr eingebüßt. Im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten sind die Verkehrskosten weniger

stark gewachsen. Dazu kommt, dass ungedeckte oder von dritten bezahlte externe Kosten vorhanden sind, die mehrere Procente des Bruttoinlandprodukts ausmachen. All diese Faktoren haben zu falschen Preissignalen geführt und den Wandel zur „just in time“ Produktion und zur zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und somit auch zum Verkehrswachstum begünstigt.

Konkurrenzfähige Bahnen als Ausweg

Das Problem des zunehmenden Straßen-Güterverkehrs in Europa ist komplex. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist nötig, um die Entwicklung in andere, nachhaltigere Bahnen zu lenken. Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern sind notwendig, um die Gewichte zugunsten des Schienenverkehrs zu verschieben. Dabei sind bestimmt auch zusätzliche Investitionen in die Schieneninfrastruktur notwendig, damit die Bevorzugung der Straße in den vergangenen Jahren abgebremst werden kann. Vor allem sind Investitionen in Anlagen des kombinierten Verkehrs notwendig. Umladeterminale und Umladetechniken sollen entwickelt und ein europäisches Netz für den Kombiverkehr errichtet werden. Zudem sind die Bahnen gefordert ihre Hindernisse an den Grenzen abzubauen und ein hochwertiges und konkurrenzfähiges Angebot im internationalen Verkehr zu errichten.

Verkehr ist keine Wachstumsgarantie

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene genügt jedoch nicht. Frankreich will in den kommenden zehn Jahren den Güterverkehr auf der Schiene verdoppeln. Unter Berücksichtigung des erwarteten Wachstums des Straßenverkehrs bedeutet dies aber nur, dass die Bahnen ihren Anteil am Güterverkehr halten können. Damit die Verkehrsproblematik in den Griff bekommen werden kann, ist eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum notwendig. Das Wirtschaftssystem muss wieder effizienter werden, das heißt die Verkehrsleistungen pro Gütermenge reduzieren. Dafür ist ein faires und alle Kosten umfassendes Preissystem notwendig. Die Schweizer LSVA ist ein gutes Beispiel dafür. Externe Kosten müssen von den Verursachern bezahlt werden und dürfen nicht länger der Allgemeinheit auferlegt werden. Das Preissystem soll die richtigen Anreize schaffen, Anreize um mit den knappen Ressourcen schonend umzugehen, um die bestehende Verkehrsinfrastruktur optimal zu nutzen und Mensch und Umwelt zu schützen. Die Einführung einer solchen Schwerverkehrsabgabe oder LKW Maut in ganz Europa ist vordringlich. Der Einsatz gesamtheitlicher kohärenter Maßnahmenpakete ist notwendig, eine Trendwende bezüglich Verkehrswachstum herbeizuführen, denn eine funktionierende Wirtschaft und ein funktionierendes Verkehrssystem braucht mehr als nur Lastwagen (Markus Liechti, VCÖ Magazin 4/2001).

Mehr Informationen unter <http://www.vcoe.at>.

IPCC veröffentlicht Bericht zum Klimawandel

Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) fordert eine „grünere“ Steuerpolitik in der EU, damit Emissionsziele erreicht werden können. Zudem werden die Kosten für eine Milderung des Klimawandels genannt.

The EU must show its commitment to the Kyoto climate protocol by establishing an internal emission trading system well before the protocol's first commitment period begins in 2008, the head of the EU delegation on climate change negotiations, Olivier Deleuze, told delegates at a conference in London yesterday. New proposals on the scheme's architecture have recently been issued by the European Commission's environment directorate (see separate article).

Mr Deleuze, who is also Belgium's energy and sustainable development minister, said: "The time for non-committal stakeholder debate on emissions trading is over; it is now the responsibility of policy makers to reach decisions." He called for a "greening" of tax policies and warned that "closer co-operation between like-minded member states" may be on the cards if unanimous agreement cannot be reached.

Speaking at the same conference, the chairman of the Intergovernmental panel on climate change (IPCC), Robert Watson, urged governments to treat climate change as a part of everyday policy making, encompassing crucial sectors such as agriculture, industry and energy production.

During the conference the IPCC released a new synthesis report for policy makers, summarising the main findings of its major "third assessment report" on climate change issued in July.

Dr Watson urged adoption of the precautionary principle to allow for the inertia of climate change once it

has started. "What we do in the next 100 years could precipitate events in the next 1,000 years," he said.

The synthesis report puts the costs of mitigating climate change impacts at US\$0.1 to US\$20 per tonne of carbon in tropical regions and from US\$20 to US\$100 elsewhere. GDP losses in OECD countries of Europe would range from 0.31% to 1.5% in the absence of international carbon trading. With full trading permitted, these would fall to between 0.13% and 0.81% (Environment Daily, 02/10/2001).

Ändern die USA ihre Haltung zum Kyoto-Protokoll?

Nach den Terroranschlägen im September scheinen die USA zu erkennen, dass auch sie abhängig von anderen sein können. Inwieweit sich dadurch Änderungen der Blockadehaltung zum Kyoto-Protokoll ergeben könnten, lesen Sie hier.

World climate treaty prospects examined

Last month's terrorist attacks on the USA have taught the Bush administration the importance of multilateral responses to global threats but are unlikely to alter its rejection of the Kyoto protocol in the foreseeable future, former climate policy chief Frank Loy said yesterday.

Speaking at a high-level climate conference organised by insurer Swiss Re in Zürich, Switzerland, Mr Loy said: "The events have forced the US to realise we're more dependent on the help of others than we used to think. But it won't force a 180 degree turn."

Mr Loy's comments follow growing speculation in some European capitals that the rapid formation of a world coalition behind America's fight against international terrorism might prove a useful lever to tempt the USA back into the Kyoto fold.

In his keynote speech to Britain's ruling Labour party conference on 2 October, prime minister Tony Blair earned loud applause by backing Kyoto. "We will implement it and call on all other nations to do so," he said.

Interviewed by Reuters yesterday, UK environment minister Michael Meacher went further by making explicit what Mr Blair had only implied: "Only the US stood out on Kyoto. Maybe the terrible events of September 11 will give it pause to remember its international obligations".

With almost its entire body politic now focused on Afghanistan and threats of further terrorism at home, there was never likely to be an immediate American U-turn on Kyoto. This was confirmed earlier this month at a conference in London by its new senior climate negotiator Harlan Watson.

Mr Watson reiterated the USA's intention not to ratify Kyoto. However, he also restated a separate commitment not to impede other countries from ratifying and scotched rumours that America might not attend the forthcoming world climate summit in Marrakech, Morocco.

While accepting there would be no policy "flip-flop" on America's part, Mr Loy said the US government had "put itself in a box" by the "abrupt and brutal" way it had dismissed what he called a "very good" global accord.

Critically, the former policy chief said it was now very unlikely that the USA would propose any international alternative to Kyoto. Though he didn't spell it out, this implies that the protocol will remain the "only game in town," so strengthening its long-term gravitational pull on any country remaining outside (Environment Daily 1080, 12/10/01).

Chancen für die USA durch Verringerung der Treibhausgasemissionen

In einer Studie stellt das in Kalifornien ansässige International Project for Sustainable Energy Paths (IPSEP) fest, dass die amerikanische Wirtschaft aus einer Verringerung von Treibhausgasemissionen durchaus Profit ziehen könnte. Einschätzungen der zuständigen US-Institutionen hinsichtlich der Kosten und Auswirkungen derartiger Reduzierungen werden als zu pessimistisch angesehen. Mehr (englisch):

<http://www.foes-ev.de/downloads/IPSEP-Report.pdf>

Weltweit erster Deal mit Emissionsschutzsertifikaten

Die Firmen DuPont und die japanische Mieco haben den weltweit ersten Handel nach einer Emissionsschutzhandelsrichtlinie, die von einer Regierung vorgegeben wurde, abgeschlossen.

Companies Make Deal in Anticipation of UK Emissions Credit Trading

The first-ever deal made between companies in anticipation of a government-backed trading scheme has been struck between the chemicals firm DuPont and the Japanese oil and gas firm Mieco. Acting through broker Natsource, DuPont sold 10,000 tons worth of 2002 carbon dioxide emissions allowances at a price of between £4 (\$5.9 USD) and £7 (\$10.3 USD) per-ton to the oil and gas producer in expectation of receiving credits through a UK emissions trading scheme set to take effect next April (see Tax News Update Volume 19, No. 8, August 21, 2001). Natsource called the deal “an important milestone in the development of market mechanisms to limit greenhouse gas emissions.” According to Kirstian Tangen of Norwegian carbon trading analysts Point Carbon, the deal could even kick-start an EU-wide trading scheme. (Environment Daily, September 24, 2001; Toby Shelley, “Dupont and Marubeni in UK emissions trading first,” The Financial Times, September 19, 2001) (Tax News Update Vol. 19, No. 12, 25.09.01).

For more information on the UK trading scheme see

<http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/trading/index.htm>

***Präsentation von Dr. Paul E. Metz beim „KlimaForum 2000 Der ZUKUNFT G8“,
Spoleto – Italien (01.-03.10.2001)***

Dr. Paul E. Metz, Executive Director von e⁵ (contact metz@integerconsult.org), referierte auf dem „KlimaForum 2000 Der ZUKUNFT G8“ über die Marktbedingungen für eine wirksame Umwandlung von Firmen hin zur mehr Öko-Effizienz.

"Market conditions for effective business transformations"

Introduction – why business needs government action.

Companies can only transform themselves – and with different speeds and intensities. The changing external conditions give continuous stimuli for adaptation of all business' functions, but not necessarily at the same time and not necessarily synchronized with societies' priorities. The market conditions of each company – large or small – are shaped by nature and by the stakeholders in a permanent interaction. Governments are the stakeholders with the special mandate to protect social, environmental and ethical values and to translate these into rules for the free market that enable companies to act beyond what each can do individually without risking its competitive position. Competition and the perspective of future profits are the driving forces of innovation, which stimulate, but can also paralyze companies in prisoner's dilemmas under too large uncertainties.

The Earth's climate system has a large inertia, creating a delay of at least 50 years between emission reductions and climate stabilization. And the risk of abrupt, triggered impacts – like a potential sudden shift in the North-Atlantic Flux – cannot be anticipated timely by individual companies – or even nations. For that reason also business needs the Kyoto Protocol and further global climate agreements. The European Business Council for a Sustainable Energy Future strongly promotes its quick ratification in order to offer a less uncertain, more global and high-level playing field for energy business.

For a broad and long wave of innovation on global scale, like the desired transformation to sustainable development, especially the competitiveness of newcomers with solutions through new technologies and services must be improved. The transformation to a sustainable society requires a level of innovation that can only be realized too slowly under the traditional conditions of mainly finance-driven globalization. Without a strong effort to internalize the costs of external social and ecological effects the process of innovation in individual companies will not be sufficiently tuned to sustainable development. Indeed, many individual companies have taken 'voluntary initiatives'. Agreements with economic sectors, however, were never successful without strong pressure by governments and other stakeholders. Such 'negotiated agreements' have contributed much to create mutual understanding and awareness and to develop a higher level playing field. Both approaches have shown to be very useful, but absolutely insufficient to achieve the scale and speed of change needed. Better 'market improving' government intervention is strongly needed to reinforce the competition within and beyond business sectors for the desired maximum increase in eco-effectiveness.

The Business Council is convinced that the present affluence in the G8 and other OECD countries can only be maintained and further improved if Sustainable Development is implemented. Many technologies exist

today – and more are in the pipeline – that bring a much higher efficiency in the use of our natural resources – a factor 4 or 10 improvement is a low expectation. During the past 100 years our society has achieved a more than factor 100 increase in the productivity of the factors labor and capital and the same is possible for the third production factor ‘nature’ when the boundaries of its use are becoming better understood, formulated and managed.

Only if rich countries practice Sustainable Development and show that sustainability and affluence are compatible, will citizens in developing countries become convinced that it is attractive, not a sacrifice. We are convinced we can do that, with the right framework.

The best ‘market improving’ policy instruments.

The role of political-economic market conditions is often misinterpreted by policy makers in the ‘free market’. The above mentioned ‘internalization’ requires that markets are not only ‘deregulated’ or ‘liberalized’, but that these processes include introduction of new instruments that guarantee ‘the correct pricing of all scarcities’ in the free markets. The list of ‘market improving’ policy instruments – that are fully compatible with the free market than ‘old command & control regulations’ – includes:

- elimination of counterproductive subsidies and tax incentives;
- charging users for use of environmental resources;
- ecological and social – revenue-neutral – tax reform;
- allocation and trading of emission property rights;
- mandatory, tradable renewable portfolio standards;
- certification of tradable renewable energy quota;
- use of a realistic ‘shadow’ GHG-emission price in economic project evaluation.

The details are well-known and will not be presented here. One additional remark on the Kyoto Mechanism ‘International Emissions Trading – IET’. In its design this mechanism organizes trade of emission quota between the Parties. Each country can implement a preferred mix of policy instruments to fulfill its obligation. A country can allocate parts of its Assigned Amount to the citizens and/or companies and organize the trading. It can also introduce other – preferably ‘market improving’ – policy instruments to achieve its target. In both cases the country will sell its surplus or buy quota from other countries in case of a national deficit. This means that the revenue from ‘carbon taxes or charges’ can be used to purchase extra quota, when the target is not achieved by the – apparently too low – level of those charges, which then can be adjusted in the next year. Countries need no domestic emissions trading system to be able to trade under the Kyoto Protocol.

The perspective.

Solar energies and ICT have many attractive solutions for our future. The sun shines most intensive around the equator and wind, geothermal and biomass energy are strong on other places, therefore many countries can develop into members of EHEC – organisation of Energy Harvesting and Exporting Countries – which will soon succeed OPEC.

Discussion, triggered by other presentations and questions.

Q: What triggers business ?

A: Money, which can only be generated by its customers. The more than 2 billion poor and very low income citizens are ‘missed customers’, making it a business interest to improve their purchasing power. The recognition that ‘fair trade’ would require a payment for the emission of GHG into ‘their share of the global atmosphere’ can be an attractive basis for the design of an equitable climate management system after 2012. When each citizen in LDCs would receive a micro-credit of 20 dollar for each non-emitted ton CO₂, his or her income would increase considerably without ‘aid’ and with an incentive to invest the credit in a low-emission appliance.

‘Not charity, but fair trade’ is a relatively new approach for economic development, but not yet practiced in global climate management. Indirect additional benefits of the resulting reduced environmental degradation, sea level rise and better living conditions can be: reduced need for large-scale migration and stabilization of

population growth as wealth and working women bring smaller family size.

In the discussion it was added that the unfair global trade conditions and resulting poverty is regarded one of the factors causing widespread frustration, which can result in terrorism. This is not a justification for any specific attack, but a partial explanation that can encourage climate policy negotiators to introduce more equity into their trade system.

Q: Can fossil fuels be substituted at all and how quickly ?

A: At the moment our energy system is dominated by oil and other fossils and science learns us that many systems with one dominant factor are not stable. The solar and wind technologies are growing exponentially by more than 20%/year since 1990. With better emission pricing all sustainable energy options, including much more efficient use, can grow and substitute fossils and nuclear energy almost completely in 50 years. The ENI company bases its future on an IEA energy scenario that not yet includes 'Kyoto'.

In the discussion added: dominant factors in their specific markets – and co-creating or maintaining their instability – are: gasoline in cars, cars in traffic, Windows software in information services, and the USA as the only superpower in the United Nations.

Q: What triggers politicians to act ?

A: The system of elections each 4 or 5 years makes politicians less motivated to prevent long term problems and seduces them to solve visible crises aiming at short term success.

Fortunately, some politicians – and similarly a few business leaders – have adopted the precautionary principle and are starting to implement it and act accordingly. Their example offers very instructive role models for others.

<< e-to-the-power-of-5 >>

ENERGY

ENVIRONMENT

ECONOMY

PROFILE

EMPLOYMENT

EFFICIENCY

The European Business Council for a Sustainable Energy Future – e⁵ – promotes the benefits of sustainable energy. Founded in Brussels in 1996, it represents over 100 members in renewable energy, natural gas, co-generation and efficient use of energy in buildings, equipment, transport and communication, including services and design. Our – large and small – companies and business associations represent thousands of companies. e⁵ is a network for dialogue with authorities and other NGOs. Our members' products and services save energy; reduce emissions harmful for environment, climate and health; and reduce our dependency of fuels. They bring innovation, employment and world-wide development.

We believe that the EU and national governments have key roles to improve the carbon-efficiency of our society by a Factor-4. In Kyoto emission reductions were agreed and now policies should be activated that reward the pioneering producers, investors and consumers taking cost-effective measures. Governments can and should remove the barriers that still prevent the wider use of carbon-efficient products and services. We promote the 'free market-improving approach' to create a *high-level-playing-field* with fair demand for all sustainable energy options, triggered by the 'full energy costs' in all purchasing decisions. This policy package includes: phase-out 'perverse' subsidies; start emission trade - first within countries and the EU; high and dynamic standards for energy efficiency of buildings, cars and appliances; eco-social reform of taxes; negotiated agreements with sensitive sectors; Kyoto Mechanisms JI - CDM; fair grid access and 'feed-in prices'; tradable and dynamic 'renewables portfolio standards' and 'demand management' by energy and transport service companies.

e⁵ participates actively in EU, national and world policy making processes for climate, energy, housing and transport in contact with governments, members of parliaments, UN, OECD, IEA, World Bank, etc. We cooperate with the US BCSE in the UN Climate Summits.

Corporations: AEG Appliances, Calor Gas, Deutsche Bahn, Deutsche Telekom, Econosto, Enron Europe,

Ex'tent and Rockwool.

Associations: Cogen Europe, Eurosolar, CER - railways, EPIA - PV, ESHA - small hydro, EIBA - installation buses, ASTIG and ESIF - solar thermal, EURIMA - insulation, EGEN and GtV - geothermal, DWV - hydrogen, VDEM - energy managers, Dutch Society - solar cookers, VBDO - shareholders for sustainable development, UITP – public/mass transport and World Fuel Cell Council.

Environmental advisors: CNE - Climate Network EU, Germanwatch, T&E - Transport and Environment, Helio Int'l, INZET, Worldwatch Inst., Wuppertal Institut and WWF.

Schweden: CO₂-Steuererhöhung und gleichzeitig Einkommenssteuersenkung

Die schwedische Regierung sagt für 2002 eine Erhöhung der CO₂- sowie der Stromsteuer voraus. Gleichzeitig soll die Einkommenssteuer gesenkt werden.

Swedish Government Proposes Swap: Carbon Tax Hike for Income Tax Cut

The Swedish government's proposed 2002 budget calls for a shift in the tax base: increases in electricity and carbon dioxide taxes would fund cuts in income tax rates. The carbon tax would rise 15 percent in 2002 while electricity consumption taxes would rise \$0.0012 per kilowatt. Waste taxes would also increase in 2002 to \$27.56 per ton from \$23.92 per ton. Receipts from those tax increases would fund individual personal deductions available to workers and retirees [...]. The budget proposal exempts from the tax fuel that powers environmental development projects and projects that create no net increase in carbon emissions. The unicameral parliament will vote on the proposals contained in the \$68.6 billion budget in December (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, October 17, 2001, p. G-2).

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Ökonomische Anreize in der Umweltpolitik

Unser ehemaliger Geschäftsführer Frank Steffe hat gemeinsam mit Reinhard Loske MdB von den Grünen einen Artikel zum Thema „Ökonomische Anreize in der Umweltpolitik – Plädoyer für einen Policy-Mix aus Ökosteuern, Subventionsabbau und Emissionshandel“ in den Blättern für deutsche und internationale Politik 9'01 veröffentlicht. Unter <http://www.blaetter.de/bilder/bestell.htm> kann das Heft zum Einzelpreis von 17,00 DM bestellt werden.

Beiträge zur Ökologischen Modernisierung der AG Ökologischer Strukturwandel als VÖW-Schriftenreihe erschienen

Die von der AG Ökologischer Strukturwandel gestaltete Serie "Ökologische Modernisierung", die zwischen September und Dezember 2000 in der Frankfurter Rundschau erschien, wurde nun in überarbeiteter und aktualisierter Fassung als VÖW-Schriftenreihe veröffentlicht. Darunter auch ein Beitrag von FÖS-Vorstandsmitglied Kai Schlegelmilch gemeinsam mit Bettina Schrader „Die Ökosteuer ist besser als ihr Ruf, aber sie kann noch besser werden“.

Der Band "Ökologische Modernisierung" kann über die Geschäftsstelle der VÖW für DM 8,- (Mitglieder) bzw. DM 10,- (Nicht-Mitglieder) bezogen werden:

Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e.V., Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, Tel. 030 / 885 18 00, Fax 030 / 882 54 39, Email: <mailto:Info@voew.de> bezogen werden.

Die Einzelbeiträge:

1. Wenn der Aktionär endlich Umweltschützer wird von Annette Volkens & Jan Nill
2. Die Ökosteuer ist besser als ihr Ruf, aber sie kann noch besser werden von Bettina Schrader & Kai Schlegelmilch
3. Deutschland muss ein Vorreiter beim Kampf gegen Treibhausgase sein von Matthias Koch & Stefan Schaltegger
4. Beendigung der isolierten Umweltpolitik durch Umweltintegration von Annette Volkens & Uwe Buesgen

5. Alternativen zur "Politik der kleinen Schritte"? von Jan Nill & Guido Buenstorf
 6. Unternehmen sollten nicht auf die eigene "Brent Spar" warten von Sonja Endlweber & Bettina Schrader
 7. Ein kleineres Auto ist ja gut und schön aber... von Hans Hagedorn, Kathrin Klaffke & Dietrich Weber
 8. Zwischen Konflikt und Kooperation: die Strategie der Umweltverbände von Uwe Buesgen & Patrick Graichen
 9. Rendite fürs eigene Portemonnaie und für die Umwelt von Kathrin Klaffke
 10. Auf der Suche nach Allianzen für eine zukunftsfähige Mobilität von Cornelia Heintze & Stephan Breuer
 11. Die Uni muss mehr tun, als nur Umwelt-Reparateure von Uwe Schneidewind
 12. Die rot-grünen Modernisierer haben gerade erst die Bremsen gelockert von Annette Volkens für die AG Ökologischer Strukturwandel
- Kurzdarstellungen der einzelnen Beiträge sind auf der Homepage der VÖW, <http://www.voew.de>, zu finden.

Projekt PETRAS (Policies for Ecological Tax Reform: Assessment of Social Responses)

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH führt derzeit eine von der EU-Kommission, DG XII, im Rahmen des 4. EU Forschungsprogrammes gefördertes Forschungsvorhaben durch, das in Kooperation mit Instituten aus den Ländern Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Irland anstrebt, die Entwicklung einer Ökologischen Steuerreform auf EU-Ebene zu beraten, bzw. die wahren Präferenzen der Ausgestaltung einer ÖSR offenzulegen.

Das Forschungsvorhaben zielt darauf ab, die Akzeptanz einer Ökologischen Steuerreform in der Bevölkerung und auch der Industrie zu analysieren. Obwohl eine Ökologische Steuerreform einerseits in weiten Kreisen als ein geeignetes Instrument zur Erreichung ökologischer, ökonomischer und arbeitsmarktpolitischer Ziele betrachtet wird, ist ihre Umsetzung andererseits weiterhin durch Akzeptanzprobleme limitiert.

Mit der Studie soll dazu beigetragen werden, das Design einer Ökologischen Steuerreform zu verbessern, es praktischen Erfordernissen anzupassen und damit die politische Akzeptanz gegenüber einer Ökologischen Steuerreform zu verbessern. Dabei sollen gleichzeitig weiterhin die gewünschten ökologischen, ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Ziele erreicht werden. Sechs spezifische Aspekte stehen im Vordergrund. Es sollen

- Wahrnehmungsmuster gegenüber einer Ökologischen Steuerreform analysiert,
- das Verständnis von Zielen einer Ökologischen Steuerreform erfasst,
- negative und positive Einstellungen gegenüber der Ökologischen Steuerreform allgemein aufgedeckt,
- spezifische Ablehnungen einer Ökologischen Steuerreform identifiziert,
- ein besonders bevorzugtes Konzept einer Ökologischen Steuerreform herauskristallisiert sowie
- untersucht werden, in wieweit eine derartige Ökologische Steuerreform die gewünschten ökologischen, ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Ziele realisieren kann.

Die Methodologie der Studie basiert auf Interviews mit Entscheidungsträgern in der Politik und mit Unternehmen sowie auf Fokusgruppen mit der allgemeinen Bevölkerung. Dies garantiert eine breite empirische Basis, auf der Wahrnehmungsmuster und die Akzeptanz gegenüber einer Ökologischen Steuerreform antizipiert werden können. Indem sich qualitativer Methoden bedient wird, können die zugrundeliegenden kognitiven Strukturen und Denkprozesse tiefgreifend analysiert werden.

Um die Praxisnähe und Politikrelevanz der Empfehlungen zu gewährleisten, wird das Forschungsvorhaben von einem „Advisory Board“, bestehend aus politischen Entscheidungsträgern aus den beteiligten EU-Mitgliedsstaaten, über die gesamte Projektlaufzeit von März 2000 bis Mai 2002 begleitet. Die Ergebnisse des Projekts werden voraussichtlich am 20. März in Brüssel vorgestellt werden.

Neue Broschüre des Umweltbundesamtes räumt mit Vorurteilen über das Verhältnis von Auto und Umwelt auf

Die einen halten das Auto für den Inbegriff von Freiheit und Flexibilität. Für die anderen ist es ein umwelt-

belastendes Ärgernis. Eine neue Broschüre des Umweltbundesamtes, die zum europaweiten Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto" am 22. September 2001 erscheint, bietet Gelegenheit, über die Rolle des Autos für Mobilität und Lebensqualität nachzudenken - und zu diskutieren.

Die Broschüre bewertet gängige Meinungen zum Verhältnis von Auto und Umwelt. Fazit: Fahrrad, Bus und Bahn können das Auto nicht überall ersetzen - aber doch stärker als viele glauben. Immerhin sind die Hälfte der Pkw-Fahrten kürzer als fünf Kilometer, knapp ein Drittel sogar kürzer als drei Kilometer. Am 22. September fanden in vielen Städten Aktionen statt, mit denen für eine Mobilität ohne Auto geworben wurde. In den Diskussionen für und wider das Auto wird bisweilen mit widersprüchlichen Argumenten und gegensätzlichen Behauptungen gestritten. Dem Ruf nach mehr Straßen und billigem Kraftstoff steht scheinbar unüberbrückbar die Forderung nach mehr Verkehrsbeschränkungen und weniger Autos gegenüber. Das Umweltbundesamt hat typische Vorurteile dieser Auseinandersetzung unter die Lupe genommen. Das Ergebnis liegt nun in einer einfach verständlichen Broschüre vor. Darin wird das Klischee vom luftverpestenden Auto ebenso widerlegt wie die pauschale Behauptung, hohe Spritpreise seien unsozial. Jen-seits von Stammtischniveau und wissenschaftlicher Datenflut setzt sich das Umweltbundesamt mit markigen Sprüchen vieler Autofahrer auseinander:

- "Moderne Autos belasten die Umwelt nicht mehr!"
- "Autofahrer sind die Melkkühe der Nation!"
- "Pendler sind die Verlierer der Ökosteuer!"
- "Es gibt keine zumutbaren Alternativen zum Auto!"
- "Nur mehr Straßen helfen aus dem Stau!"
- "Tempolimits sind Unsinn!"

Auf diese und weitere Behauptungen geht die Broschüre ausführlich ein und bietet hierzu Informationen, Fakten und Argumente. Damit soll sie eine differenzierte, aufgeklärte Sichtweise fördern, die nicht einseitig gegen das Auto wettet, sondern sich für eine umweltverträgliche Mobilität mit weniger Auto einsetzt.

Die Broschüre "Auto und/oder Umwelt?" ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax 030/89 03-2912, e-Mail petra.berner@uba.de. Sie steht auch im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de>, Stichwort "Veröffentlichungen" als PDF-Datei zur Verfügung.

Eine Übersicht über die Aktionen zum europaweiten Aktionstag "In die Stadt - ohne meine Auto" am 22. September 2001 gibt es im Internet unter <http://www.klimabuendnis.org>.

5. WEITERE UMWELT- UND WIRTSCHAFTSTHEMEN

Wie sicher ist unsere Energie-Versorgung? – Preise für Öl und Gas werden längerfristig steigen

Auch wenn Manager das Wort Rezession scheuen wie der Teufel das Weihwasser, auf den internationalen Märkten herrscht allenthalben Krisenstimmung. Das gilt insbesondere für die wichtigen Energieträger Gas und Öl. Der Schock der Attentate vom 11. September sitzt tief. Und jetzt wird vor allem die Frage diskutiert, wie sicher ist die Öl- und Gasversorgung der Industrieländer?

In den Szenarien, so von Unternehmensberater Roland Berger, könnte ein USA-Gegenschlag im Mittleren Osten eine Abwärtsspirale der Weltkonjunktur in Gang setzen. Hier lagern rund zwei Drittel der Weltölserven. Die Öl- und Gaspreise würden erheblich unter Druck geraten. Und, was noch verhängnisvoller wäre, die sichere Versorgung könnte gefährdet werden. Das gilt nicht nur für die USA, die rund die Hälfte ihres Ölbedarfs aus OPEC-Staaten importiert.

In Deutschland ist die Abhängigkeit von Importen noch größer. Über zwei Drittel der Primärenergieträger müssen eingeführt werden. Öl- und Gas sogar zu 100 Prozent [das ist nicht ganz korrekt, 20 % kommen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein A.d.R.]. Durch relativ sicheres Nordsee-Öl bzw. -Gas wird die Sorge

allerdings etwas kleiner. Die Gaslieferanten Russland, Norwegen, Niederlande bzw. Großbritannien garantieren Stabilität.

USA verringern Abhängigkeit

Aber auf langfristig höhere Preise müssen sich sowohl gewerbliche als auch private Verbraucher einstellen. In den USA arbeitet bereits eine vom Präsidenten berufene Kommission Maßnahmen aus, die die Importabhängigkeit verringern soll. Neue Atomkraftwerke gehören ebenso dazu wie die Erschließung neuer Vorkommen für konventionelles und nichtkonventionelles Öl, das heißt Ölsande, -schiefer, die mit größerem Aufwand zu fördern sind [Anmerkung der Redaktion: Den Bericht dieser Kommission finden Sie unter http://www.foes-ev.de/downloads/US_National-Energy-Policy.pdf ca. 2,5 M, eine Bewertung des Berichts von Seiten der Generaldirektion Umwelt der EU-KOM unter <http://www.foes-ev.de/downloads/EU-KOM.PDF>].

Mit Blick auf die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands plädiert Fritz Vahrenholt - einst SPD-Umweltsenator von Hamburg, dann im Vorstand von Shell und zurzeit auch als Berater von Kanzler Gerhard Schröder tätig - für Realismus. Auch wenn der Anteil der erneuerbaren Energien hierzulande, Windkraft, Solarenergie, Biomasse, Brennstoffzellen etc., in den kommenden 20 Jahren von derzeit fünf auf 15 bis 20 Prozent wachsen wird, brauchen wir weiterhin konventionell erzeugte Energie. Und in einigen Jahren wird sich zeigen, ob wir wirklich den Atomstrom durch regenerierbare Energiequellen ersetzen können, meint Vahrenholt.

Neue HTR-Atomkraftwerke?

Damit sich keine "Versorgungslücke" auftut, plädiert der SPD-Realo dafür, einerseits die Forschungen zur Kernfusion zu beschleunigen und andererseits "inhärente, störfallfreie Atomreaktoren" zu entwickeln. Angesichts des Zwanges zu höherer Versorgungssicherheit packt Vahrenholt damit ein heißes Eisen auf den Tisch. Denn eigentlich ist Atomkraft in Deutschland passé. Doch der SPD-Mann will nicht die herkömmlichen Technologien der Siede- oder Druckwasser-Reaktoren mit den gefährlichen Rückständen erhalten, sondern dem in Deutschland entwickelten Hochtemperatur-Reaktor (HTR) auf Thoriumbasis zum Durchbruch verhelfen. "Der produziert kein Plutonium und kann schon vom Wirkprinzip her nicht explodieren", erläutert Vahrenholt. Erst Recht nach den Attentaten, die auch die Energiewirtschaft zum Umdenken zwingen, müsse auf neue Technologien gesetzt werden, verlangt er. Allerdings müsste dazu die in Deutschland waltende Technikfeindlichkeit abgelegt werden. "Unsere Ingenieure können mehr, als man sie heute lässt." (Reinhard Zweigler, Mittelbayerische Zeitung, 22.09.01).

SPD will Ausbau der Solarenergie beschleunigen

Kürzungen bei der Solarförderung wird es nicht geben. Dies erklärte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller in einem Gespräch mit Vertretern der Solarwirtschaft. Nach dem ursprünglichen Haushaltsentwurf sollte der Fördertopf für Solarwärme-Anlagen deutlich reduziert werden.

Die ARGE SOLARWIRTSCHAFT, eine Interessenvertretung von 1.000 deutschen Solarunternehmen, begrüßt die jüngste Entscheidung der SPD-Fraktion. Die Solarindustrie hatte zuvor wiederholt vor einer Verschlechterung der Solarförderung gewarnt.

Nach Angaben von Müller setzt sich die SPD-Fraktion in den laufenden Haushaltsverhandlungen dafür ein, den Fördertopf für Solarwärme-Systeme von 300 Mio. Mark in diesem Jahr auf 400 Mio. Mark im Jahr 2002 anzuheben. Dies sei auch die Zielsetzung des grünen Koalitionspartners, versicherte bereits vor einigen Tagen Bundesumweltminister Jürgen Trittin den Solarunternehmern. Im aktuellen Kabinettsentwurf für das Jahr 2002 waren bislang nur 170 Mio. DM vorgesehen.

"Damit wäre der Start ins Solarzeitalter gerettet", kommentiert Carsten Körnig, Geschäftsführer der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. die Zusage der Koalitionsfraktionen, die Solarförderung deutlich aufzustocken. Die Aufstockung der Mittel sei ein voller Erfolg. Damit habe die Solarwirtschaft eine verlässliche Basis für weitere Investitionen und stetiges Wachstum.

Auch der Geschäftsführer der SOLVIS GmbH & Co KG Helmut Jäger ist erleichtert. Wie viele andere mittelständische Solarunternehmen investiert SOLVIS gegenwärtig in den Ausbau seiner Produktionskapazitäten.

Die geplante Verbesserung der Solarförderung ist mit keiner zusätzlichen Belastung für den Bundeshaushalt verbunden. Das Marktanreizprogramm wurde in der Koalition als Ausgleich dafür vereinbart, dass auch auf Ökostrom die Ökosteuern erhoben werden. Die Einnahmen daraus steigen im nächsten Jahr auf rund 500 Millionen Mark. Einer Aufstockung der Fördertöpfe steht somit nichts im Wege. Für dieses Jahr erwartet die Solarbranche einen Zubau von über 100.000 Solarwärme-Anlagen in Deutschland. Sie beschäftigt in Deutschland inzwischen rund 15.000 Arbeitskräfte. Erklärtes Ziel von Politik und Branche ist es, die installierte Leistung, Umsätze und die Beschäftigtenzahlen bis zum Jahr 2010 zu verzehnfachen.

Für Rückfragen und Bildmaterial: UVS e.V., Carsten König (GF), Tel. 030 - 275 96 198 oder 0177 - 384 59 63

Primärenergieverbrauch in Deutschland im 1. Halbjahr 2001 witterungsbedingt gestiegen

Der **Primärenergieverbrauch** in Deutschland betrug nach ersten Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im ersten Halbjahr 2001 rund 245 Mill. t SKE (7.190 Petajoule); das waren 4,6 Mill. t SKE (134 PJ) oder 1,9 % mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (Tabelle). Bei schwächerer Konjunktur haben im Wesentlichen zu diesem Anstieg die im Vergleich zum Vorjahr spürbar kühlere Witterung sowie Basiseffekte beim Mineralöl beigetragen.

Der **Mineralölverbrauch** war um rund 2 % höher als der außergewöhnlich niedrige Verbrauch im ersten Halbjahr 2000. Der wieder gestiegene Absatz von leichtem und schwerem Heizöl trug dazu wesentlich bei. Preisbedingt ging die Nachfrage nach Kraftstoffen (Otto- und Dieselmotoren - 6 % bzw. - 2 %), aber auch nach Rohbenzin (- 7%) zurück.

Der **Erdgasverbrauch** nahm um gut 3 % zu. Maßgeblich hierfür waren der höhere Verbrauch im Haushaltssektor auf Grund der im Vorjahresvergleich deutlich niedrigeren Temperaturen und die weiter gestiegene Zahl erdgasbeheizter Wohnungen. Einen Zuwachs verzeichnete auch der Erdgaseinsatz in Industrie und Kraftwerken.

Der Verbrauch an **Steinkohlen** war um 4,6 % niedriger als im vorigen Jahr. Ursächlich dafür waren vor allem die Entwicklungen im Stromsektor, während sich die Nachfrage aus dem Stahlsektor knapp behauptet hat.

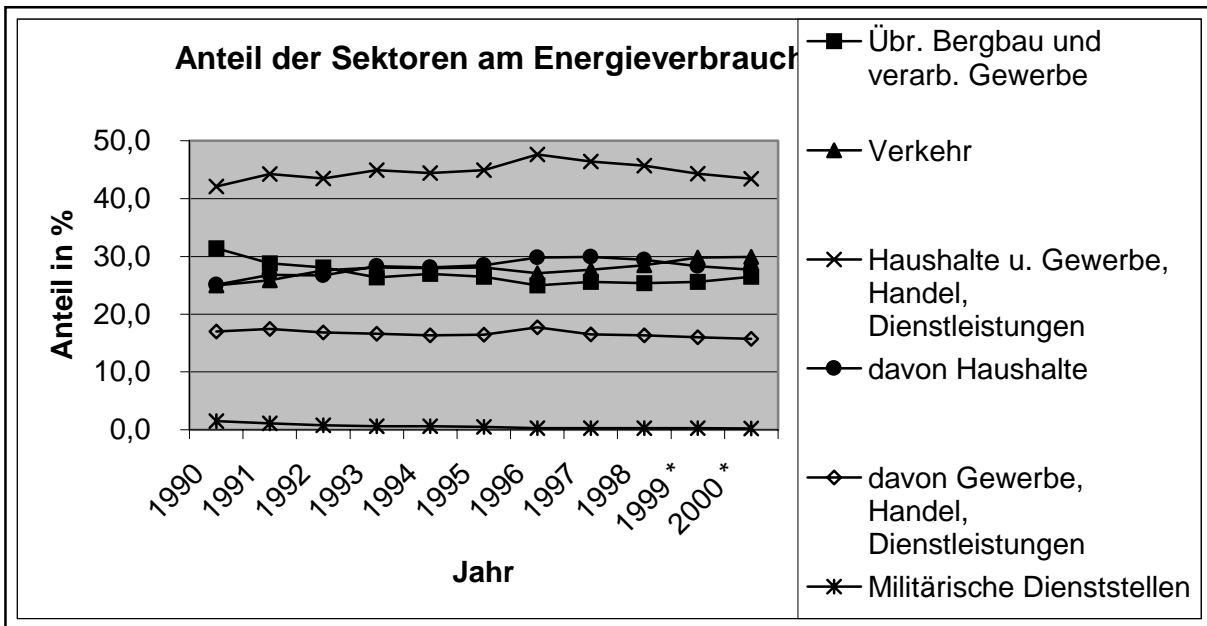
Der **Braunkohlenverbrauch** stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,1 %. Die im Vorjahr in Betrieb gegangenen neuen Kraftwerke führten zu höheren Lieferungen an die Elektrizitätswirtschaft und bestimmten entscheidend die Verbrauchsentwicklung.

Der Beitrag der **Kernkraftwerke** zur Stromerzeugung nahm auf Grund hoher Anlagenverfügbarkeit um 3,9 % zu.

Die Stromerzeugung der **Wasser- und Windkraftanlagen** war im Vergleich zum 1. Halbjahr 2000 insgesamt nahezu unverändert.

Gegenüber dem Vorjahr wurde verstärkt Strom ins Ausland geliefert, so dass ein Exportüberschuss entstand (AG-Energiebilanzen).

Das Diagramm veranschaulicht den Anteil der einzelnen Sektoren am Energieverbrauch in Deutschland:



Quelle: AG-Energiebilanzen

Dosenpfand: Oberverwaltungsgericht will Eilanträge gegen Veröffentlichung von Mehrwegdaten prüfen

Der Rechtsstreit um die Einführung eines Pfands auf Dosen geht weiter. Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat am 5.10.2001 eine Beschwerde gegen die im August dieses Jahres von der Vorinstanz getroffene Abweisung von Eilanträgen zugelassen.

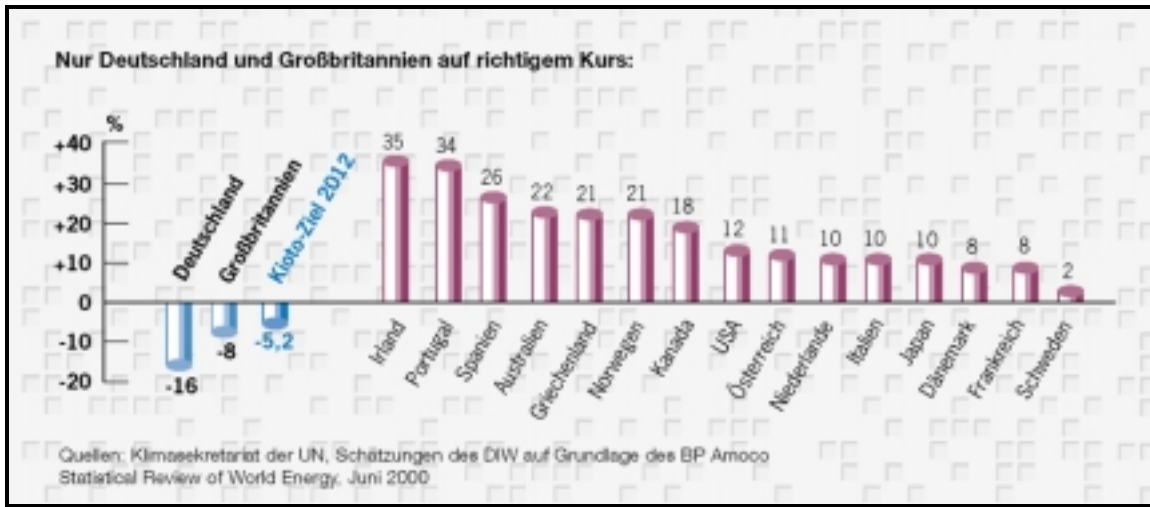
Die Eilanträge von insgesamt 17 Unternehmen der Getränkeabfüllenden Industrie und des Handels richten sich gegen die Bekanntgabe der Nacherhebung von Mehrweg-Daten bei Getränkeverpackungen laut Verpackungsverordnung. Die Veröffentlichung dieser Daten im Bundesgesetzblatt ist die Voraussetzung dafür, dass sechs Monate später die Pfandpflicht auf Einwegverpackungen bei Bier und Mineralwasser folgt.

Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts bereitet die Überprüfung der erstinstanzlichen Entscheidung "besondere rechtliche und tatsächliche Schwierigkeiten". Die Zulassung der Beschwerde beinhaltet jedoch keine Wertung über deren Erfolgsaussichten.

Das Bundesumweltministerium ist weiterhin zuversichtlich, dass das Oberverwaltungsgericht nach Abschluss seiner Prüfungen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigt und damit der Weg zur Anwendung des geltenden Rechts frei wird. Ziel des Dosenpfandes ist es, den Anteil der Mehrweg-Getränkesysteme zu stabilisieren und die weitere Vermüllung von Straßen und Landschaft zu verhindern. Angesichts der ungebremsten Zunahme des Anteils der Einweg-Getränkeverpackungen im Jahr 1999 lag der Mehrweg-Anteil nur noch bei rund 68,7 Prozent, bei weiter sinkender Tendenz ist die Einführung des Dosenpfandes dringlicher denn je.

Nur Deutschland und Großbritannien auf richtigem Kurs

Die folgende Grafik zeigt, wie nahe einzelne Länder ihrem Kyotoziel der Verringerung der CO₂-Emissionen schon gekommen sind – oder halt nicht.



6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Herzlichen Dank. Der Leitartikel von Anselm Görres schlägt exzellent die Brücke von New York nach Kyoto. (K.B. aus Frankfurt)

Your newsletter looks very good. (J.M. aus South Royalton, USA)

Thank you for the useful information. Warm regard and best wishes. (J.K. aus Sintok, Malaysia)

7. KURZMELDUNGEN

Umweltschutzsektor weiter mit Zuwachs

In Deutschland hängen über 1,3 Mio. Arbeitsplätze vom Umweltschutz ab. Damit ist der Umweltschutzsektor mit 3,6% aller 37,5 Mio. Erwerbstätigen zu einer der größten Wirtschaftsbranchen geworden. Hier finden mehr Menschen eine Beschäftigung als im Maschinenbau (1,1 Mio.), Fahrzeugbau (0,9 Mio.) oder der Ernährungsbranche (0,9 Mio.).

Verminderung der Schwefeldioxidbelastung

Das Bundeskabinett hat einen Beschluss zur weiteren Verminderung der Schwefeldioxidbelastung der Luft getroffen. Der Grenzwert für den Schwefelgehalt in leichtem Heizöl soll auf 0,1 Prozent halbiert werden, gültig ab dem 1. Januar 2008. Bei schwerem Heizöl soll der Schwefelgehalt auf 1,0 Prozent begrenzt werden, dieser Wert gilt bereits ab dem 1. Januar 2003.

Einrichtung nationaler Höchstmengen

Vom Europaparlament wurde das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens über die Einrichtung nationaler Höchstmengen für die Emission von Schadstoffen gebilligt. Dabei betragen die von Deutschland verlangten Emissionseinschnitte 27% bei Ammoniak, 90% bei Schwefeldioxid, 61% bei Stickoxiden und 68% bei flüchtigen organischen Stoffen - bis zum Jahr 2010. Ein weiterer Grund für die Ökosteuer?

Kerosinsteuer?

Der von der Bundesregierung berufene "Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderung" hat sich in seinem Politikpapier zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg „Die Chance von Johannesburg - Eckpunkte einer Verhandlungsstrategie“ für eine Kerosinsteuer ausgesprochen. Darin heißt es: „Um die Dynamik der internationalen Verhandlungen zu beschleunigen, sollte sich die Bundesre-

gierung für die Einführung einer Kerosinabgabe im Flugverkehr durch die Europäische Union noch vor Johannesburg stark machen, auch wenn andere Staaten nicht sofort mitziehen. Damit könnte die europäische Führungsrolle im Umweltbereich untermauert werden.“

8. SERVICE: JOBS

Öko-Jobs: Ein Jahr freiwillig im Umweltschutz - Vielfältige Möglichkeiten!

BSE, Klima oder Atomtransporte machen immer deutlicher: effektiver Umweltschutz ist teilweise noch immer ein Fremdwort, daher ist ein Engagement dafür wichtiger denn je! Wer sich nach dem Schulabschluss im Umweltschutz engagieren möchte, hat mittlerweile ein vielfältiges Angebot an Freiwilligendiensten zur Auswahl.

Neben dem Freiwilligen Ökologischen Jahr können auch Zivildienst, Europäischer Freiwilligendienst oder Praktikum hierfür genutzt werden.

Über die verschiedenen Öko-Job Möglichkeiten in ganz Europa bietet das Buch "Unterwegs für die Umwelt - Ökojobs in Europa" Auskunft. Dieses Buch bietet Tipps für alle, die sich nach dem Schulabschluss oder der Ausbildung im Umweltschutz engagieren wollen. Wer gerne ins Ausland möchte, um Sprachkenntnisse zu vertiefen, wird in diesem Buch fündig. Auch wer sich erstmal orientieren möchte, hat hier die geeignete Grundlage.

Es werden die verschiedenen Möglichkeiten vorgestellt, wie mensch im Umwelt- und Naturschutz (v.a. im Ausland) aktiv werden kann. Im zweiten Teil des Buches sind konkrete Einsatzstellenbeschreibungen aus ganz Europa zu finden, mit Angaben zum Aufgabenfeld, Bezahlung, Versicherung und Umgebung. Darunter sind Arbeiten im praktischen Naturschutz, auf dem Bauernhof, mit Kindern oder auch Büroarbeit in (Umweltschutz-)Verbänden aufgeführt. Weiterhin sind Infos zu Workcamps enthalten. Sollten dennoch mehr Informationen zu den Einsatzstellen benötigt werden, wird ein umfangreiches Internet-Adressverzeichnis mitgeliefert. Die zentrale Suchmöglichkeit für Ökojobs im Internet stellt die Online-Datenbank <http://www.oekojobs.de> dar. Sie bietet vielfältige weitere Nutzungsmöglichkeiten, wie ein Diskussionsforum, Newsletter und natürlich können hier Einsatzstellen online gesucht und kommentiert sowie neu eingetragen werden.

Das Buch "Unterwegs für die Umwelt - Ökojobs in Europa" ist Träger eines Preises beim BundesUmwelt-Wettbewerb, es ist für 19,80 (+6,- DM Porto und Verpackung) in der JUP!, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel: 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: <mailto:jup@inihaus.de> zu bestellen.

Karriereplanung im Umweltbereich leicht gemacht

Informationsdienste zum Arbeitsmarkt bieten ausgesuchte Stellenanzeigen und Rückendeckung für die Bewerbung. Jährlich mehr als 15.000 Stellenangebote erfasst der Wissenschaftsladen Bonn e.V. in zwei wöchentlichen Informationsdiensten, „Arbeitsmarkt Umweltschutz“ und „Arbeitsmarkt Bildung/Kultur & Sozialwesen“. Zusätzlich zu den ausgewerteten Stellenanzeigen erscheinen umfassende Hintergrundartikel zu den relevanten Tätigkeitsbereichen.

Die Informationsdienste kombinieren die Beobachtung des Stellenmarktes sowie die Auswertung und die Veröffentlichung von Stellenangeboten mit Analysen und berufsbezogenem Informations- und Fortbildungsservice. Dies macht sie zu einem bundesweit einmaligen Angebot, welches die Beratungsleistungen öffentlicher Stellen ergänzt. Unter der Leserschaft dominieren keineswegs die Arbeitslosen, vielmehr üben 70 Prozent der meist 25 bis 40 Jahre alten LeserInnen bereits berufliche Tätigkeiten aus.

Ganz gleich, ob es den AbonentInnen um die erste Stelle nach dem Studium geht oder um die „Lebensplanung“ bzw. um gezielte Veränderungen im bestehenden Berufsleben: Die Informationsdienste unterstützen in Phasen der Umorientierung. Zur Zielgruppe gehören neben den Beschäftigten umweltorientierter Berufsgruppen und AbsolventInnen geisteswissenschaftlicher, sozial und/oder pädagogisch geprägter Studienfächer auch diejenigen Arbeitssuchenden, deren „Karrieren“ bisher nicht mainstreamhaft glatt und problemlos ver-

laufen sind. Insbesondere Menschen, die Informationen jenseits der üblichen Hochglanz-Job- und Karrieremagazine suchen, fühlen sich von dem Service des Bonner Wissenschaftsladen angesprochen.

Gerne werden die Zeitschriften auch von Arbeitgebern, Institutionen, Vereinen und Kommunalverwaltungen genutzt, um kostenfrei Stellenangebote für einen qualifizierten, klar definierten Bewerberkreis zu platzieren.

Wöchentlich werden knapp einhundert bundesdeutsche Zeitungen und Fachzeitschriften nach aktuellen Stellenangeboten durchforstet. Gegliedert nach ausgesuchten Tätigkeitsbereichen und sortiert nach Postleitzahlen wird das Ergebnis in Tabellenform übersichtlich dargestellt. Pro Ausgabe summieren sich 150 bis 400 Annoncen, die ausgewertet und zusammengestellt werden.

Was Anfang der 90er Jahre zunächst als provisorische Loseblatt-Sammlung erschien, wurde bei steigender Nachfrage zu einem professionellen Informationsprodukt entwickelt. Zunächst wurden nur Stellenanzeigen für UmweltschutzexpertInnen zusammengestellt. Anliegen war, AbsolventInnen eines Umweltberaterkurses bei dem Weg ins Berufsleben zu unterstützen und sie regelmäßig mit aktuellen, einschlägigen Arbeitsangeboten zu versorgen. Schnell zeigte sich für diesen exklusiven Stellenmarktüberblick ein deutlicher Bedarf, der über den Kreis der KursteilnehmerInnen weit hinausging. Der Informationsdienst Arbeitsmarkt Umweltschutz war geboren. Wegen der großen Resonanz in der Öffentlichkeit und wegen steigender Arbeitslosenzahlen wurde schon bald ein zweiter Informationsdienst und zwar für den Beschäftigungssektor Bildung/Kultur & Sozialwesen konzipiert. Auch dieses neue Blatt erweckte große Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt hat das günstige Preis/Leistungsverhältnis die schnellen Absatzsteigerungen gefördert.

Neben den Tabellen mit Stellenangeboten geben redaktionelle Seiten umfassende Hintergrundinformationen zu den relevanten Tätigkeitsbereichen: wissenschaftliche Analysen, spezifische Arbeitsmarkt-Artikel, Interviews, Erfahrungsberichte sowie viele praktische Hilfen für die Arbeitssuche: Kontaktadressen, Bewerbungstipps und Fortbildungstermine verbessern den Überblick über die Berufswelt. Zum Beispiel werden Neuigkeiten zum Arbeits- und Sozialrecht und Beiträge zur aktuellen Diskussion über Rechte und Pflichten Arbeitsloser veröffentlicht. Weiterhin werden Institutionen vorgestellt, Experten interviewt oder auch individuelle Berichte abgedruckt. Besonders authentische Eindrücke vermittelt die Leserbriefseite. Hier helfen sich die Arbeitssuchenden als Mitglieder einer anonymen Peer-Gruppe in jeder Ausgabe gegenseitig. Das von erfolgreichen Gleichgesinnten abgegebene Credo „Niemals den Mut verlieren und sich nicht unter Wert verkaufen“ ist schlicht und einfach glaubwürdig und kommt an.

Zusätzlich zu den Arbeitssuchenden verwenden verschiedene Hochschuleinrichtungen die Stellen-Auswertungen zur weiteren wissenschaftlichen Verarbeitung. Auch die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit ist Kooperationspartner und Dauerabonnent. Die Redakteure der beiden Zeitschriften werden inzwischen als Arbeitsmarktexperten von den Hochschulteams der Arbeitsämter oder von Universitäten zu Vorträgen und Seminaren eingeladen.

Die intensive Beschäftigung mit den verschiedenen Arbeitsmärkten, ihren Veränderungen und die Erfahrungen mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen führten schließlich auch zu einem begleitenden Qualifizierungsprogramm des Bonner Wissenschaftsladens (Kerstin Löwenstein, WILA Bonn, <http://www.wilabonn.de>, <mailto:info@wilabonn.de>).

Daten und Fakten

Erscheinungsweise:	Wöchentlich
Aktualität der Auswertung:	alle Stellenangebote der Vorwoche inklusive Wochenende
Ausgewertete Stellen pro Heft:	150 bis 400 Stellen
Umfang redaktioneller Teil:	16 Seiten
Format:	DIN A 4
Druck:	einfarbig (s/w) auf UWS-Papier
Zustellung:	per Post in der Regel mittwochs
Bezug:	nur im Abonnement
Preise für 4 Ausgaben:	Einzelpersonen 28,20 DM, Institutionen 72,40 DM
Mindestbezugszeit:	drei Monate

Kündigungsfrist:	vier Wochen
Probeexemplare:	kostenlos telefonisch anzufordern unter 0228/201610

Aufgelistete Tätigkeitsbereiche im Arbeitsmarkt Umweltschutz: Technischer Umweltschutz; Planung und Verwaltung, Umweltberatung, -bildung und -information; Lehre, Forschung, Wissenschaft; Umweltmanagement, Gutachten, Arbeitsschutz; Umweltinformatik, -recht und -politik sowie die Sammelrubrik sonstige Berufe mit Bezug zum Umweltschutz.

9. SERVICE: LINKS

Informationen zur Ökosteuer von den Grünen

Benzinpreise, Argumente der CDU und Grüne Antworten, eine Zwischenbilanz, Interaktiver Steuerrechner, das alles (und ein Link zum FÖS!) unter

<http://www.gruene-fraktion.de/uthe/umwelt/oekosteuer.htm>

Emissionshandel

Stellungnahme der Arbeitsgruppe "Emissionshandel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes" zum Download unter

http://www.bmu.de/download/b_emissionshandel_dok.htm

Zwischenbericht der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten" hat soeben ihren Zwischenbericht fertiggestellt, den Sie unter folgender Adresse finden:

<http://dip.bundestag.de/btd/14/069/1406910.pdf>

10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

29.10. – 09.11.2001, Marrakesch/Marokko: 7. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention

Zur Konferenz werden etwa 6000 Vertreter aus über 180 Staaten von Regierungen, internationalen Organisationen, Industrie und Nichtregierungsorganisationen erwartet. Nach dem Durchbruch auf der Bonner Klimakonferenz im Juli diesen Jahres wird es in Marrakesch darum gehen, die letzten in Bonn noch offenen Details zu klären und den in Bonn erzielten politischen Kompromiss ("Bonner Beschluss") in formelle Entscheidungen umzusetzen.

Die Konferenz in Marrakesch

Vom 29. Oktober - 9. November 2001 wird in Marrakesch (Marokko) die 7. Vertragsstaatenkonferenz (englisch: "Conference of the Parties", COP) der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) stattfinden. Die Konferenz wird durch das in Bonn ansässige UNFCCC-Sekretariat vorbereitet. Vorsitzender der Fortsetzung von COP 7 ist der marokkanische Umweltminister Mohamed Elyazghi. Neben Regierungsdelegationen aus mehr als 180 Staaten werden zahlreiche Vertreter von Medien und Nicht-Regierungsorganisationen anreisen. Am Ende der Konferenz (vom 7.-9.11.) werden die Verhandlungen zu den besonders strittigen Themen von den Umweltministern selbst geführt.

Die offizielle Website der Konferenz findet sich unter: <http://www.unfccc.org/cop7/index.html> .

Die bisherigen Klimaverhandlungen 1992-2001

Bei der Klimakonferenz in Marrakesch ist die erste Klimakonferenz, die in Afrika stattfindet. Ein Überblick über die bisherigen Klimaverhandlungen:

1992 Erdgipfel in Rio de Janeiro: Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention

- 1994 Klimarahmenkonvention tritt in Kraft
- 1995 Berlin: 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (VSK) erteilt "Berliner Mandat" über ein Protokoll zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu verhandeln
- 1996 Genf (2. VSK): Ministererklärung, wonach Ziele zur Reduktion / Begrenzung von Treibhausgasen rechtlich verbindlich ausgestaltet werden sollte
- 1997 Kyoto (3. VSK): Kyoto-Protokoll zur Reduktion von Treibhausgasemissionen wird von der Staatengemeinschaft angenommen
- 1998 Buenos Aires (4. VSK): Arbeitsplan zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls beschlossen. Ziel: 6. VSK im Jahr 2000
- 1999 Bonn (5. VSK): Fortschritte bei methodischen und technischen Fragen des Kyoto-Protokolls
- 2000 Den Haag (6. VSK): Scheitern der Verhandlungen. Verhandlungen werden nur ausgesetzt und sollen baldmöglichst wieder aufgenommen werden
- März 2001 Neue US-Regierung verkündet Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll
- Juli 2001 Bonn (Fortsetzung der 6. VSK): Staatengemeinschaft (ohne USA) erzielt im "Bonner Beschluss" Einigung über die Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls
- Nov 2001 Marrakesch (7. VSK): Verhandlungen über letzten noch offenen Details Sep 2002 Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg: Kyoto-Protokoll soll in Kraft treten
- Sep 2002 Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg: Kyoto-Protokoll soll in Kraft treten

Die Inhalte: worum es in Marrakesch geht

Nach dem Durchbruch auf der Bonner Klimakonferenz im Juli diesen Jahres wird es in Marrakesch darum gehen, die letzten in Bonn noch offen gebliebenen Details zu klären und den in Bonn erzielten politischen Kompromiss ("Bonner Beschluss") in formelle Entscheidungen umzusetzen. Damit stellt die Klimakonferenz in Marrakesch die letzte Etappe vor dem in Kraft treten des Kyoto-Protokolls zum internationalen Klimaschutz dar.

Auf der Fortsetzung der 6. Vertragstaatenkonferenz im Juli diesen Jahres in Bonn hatten die Umweltminister von über 180 Staaten zu den vier großen noch strittigen Verhandlungspunkten zur näheren Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls (Unterstützung für den Klimaschutz in Entwicklungsländern, Nutzung der sog. "flexiblen Mechanismen", Kohlenstoff-Senken und System der Erfüllungskontrolle) politische Kompromisse beschlossen. Aufgrund der Zeitknappheit konnten in Bonn jedoch nicht mehr alle Einzelheiten und Durchführungsbestimmungen in allen Bereichen verhandelt werden. So konnte etwa über die Details im Bereich der Unterstützung für die Entwicklungsländer abschließend eine Einigung erzielt werden, während in anderen Verhandlungspunkten zwar die entscheidenden Eckpunkte vereinbart wurden, einzelne Fragen jedoch noch offen blieben. Darüber hinaus rückt nun zusätzlich der Bereich der Treibhausgasinventare und der Emissionsberichterstattung in den Vordergrund der Verhandlungen, da Art und Umfang der Berichtspflichten zentral für die Erfassung der Treibhausgasreduktionen sein werden. Insgesamt soll in Marrakesch am Ende des Ministersegments der Konferenz (7.-9. November 2001) ein ausgewogenes Paket ("balanced package") aus 15 Entscheidungsvorlagen verabschiedet werden, das alle Einzelheiten und Bestimmungen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls umfasst.

Kyoto-Protokoll soll zum Weltgipfel für Nachhaltigkeit 2002 in Kraft treten

Da mit dem "Bonner Beschluss" zur internationalen Klimapolitik alle wesentlichen politischen Fragen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls geklärt wurden, konnte bereits im August diesen Jahres mit der Ratifikation begonnen werden. Viele Vertragsstaaten, darunter auch Deutschland und die EU-Mitgliedsstaaten, bereiten Gesetzentwürfe für die Ratifikation des Kyoto-Protokolls vor. In Deutschland wird der vom Bundesumweltministerium erstellte Gesetzentwurf derzeit zwischen den Bundesministerien abgestimmt. Er soll noch vor Weihnachten vom Kabinett verabschiedet werden und in Bundesrat und Bundestag eingebracht werden. Ziel der Staatengemeinschaft ist es, das Kyoto-Protokoll rechtzeitig zum Weltgipfel für Nachhaltigkeit im September 2002 in Johannesburg (Südafrika) in Kraft treten zu lassen. Dafür müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Mindestens 55 Staaten müssen das Kyoto-Protokoll ratifizieren und diese müssen mindestens 55%

der CO₂-Emissionen der Industrieländer im Jahr 1990 auf sich vereinigen. Nachdem die Bush-Administration im März diesen Jahres erklärt hatte, die USA würden das Kyoto-Protokoll nicht mehr mittragen, bedeutet dies, dass mindestens die EU, die osteuropäischen Staaten, Japan und Russland ratifizieren müssen.

Erwartungen Deutschlands und der EU an die Konferenz

Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist der notwendige erste Schritt, um die Folgen des Klimawandels abzumildern und die schädlichen Auswirkungen der zu erwartenden globalen Temperaturerhöhung und des Meeresspiegelanstiegs zu begrenzen. Die Bundesregierung und die Europäische Union sehen es in Marra-kesch daher als ihre Aufgabe an, die ökologische Integrität des Bonner Beschlusses zum Kyoto-Protokoll zu wahren. Sie lehnen eine Neuverhandlung über die bereits erzielten politischen Kompromisse, wie sie von einigen Vertragsstaaten angestrebt werden könnten, ab. Die Bundesregierung wird darauf drängen, dass es in allen Fragen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu abschließenden formellen Entscheidungen kommt, damit die jahrelangen Verhandlungen auf internationaler Ebene endlich aktiven Klimaschutz auf nationaler Ebene zur Folge haben - mit anderen Worten: damit Worten endlich Taten folgen.

Quelle: <http://www.bmu.de/fset1024.php>

05.11.2001, Berlin: Innovationen für eine Nachhaltige Entwicklung - Beiträge der Forschung und der Forschungspolitik

Konferenz der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag von 10.00 – 17.15 Uhr im Reichstagsgebäude, SPD-Fraktionssaal. „Die rot-grüne Koalition hat – anknüpfend an Beschlüsse der SPD-Fraktion und des Bundestages aus der vergangenen Legislaturperiode – Nachhaltigkeit zur Leitlinie ihrer Forschungspolitik gemacht. Nach gut drei Jahren ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu versuchen: Welche neuen Akzente sind in der Forschungspolitik gesetzt worden? Wie findet das Leitbild Nachhaltigkeit Niederschlag in der Forschungspraxis? Und welche Anforderungen an Forschung und Forschungspolitik ergeben sich für die Zukunft? Diese und weitere Fragen wollen wir bei dieser Veranstaltung mit Experten aus Wissenschaft und Forschung diskutieren. Hierzu laden wir Sie herzlich ein.“

Informationen: Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Tel.: (030) 227 57236, Fax: (030) 227 56923, Email: <mailto:agbildung@spdfraktion.de>

06.11.2001, Berlin: „Klimaschutzpolitik ohne die USA“

Vortrag von Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (MdB) und Michael Müller (MdB), unter der Moderation von Prof. Dr. Holger Rogall um 18:00 Uhr an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Badensche Str. 50-51, 10825 Berlin, 1. Etage, Raum 101.

14.11.2001, München: „Mobilität nur noch für Reiche?“, Verkehrsparlament der Süddeutschen Zeitung

Podiumsdiskussion mit einiger Prominenz aus ganz Deutschland. Die Veranstaltung findet am Färbergraben 14 um 19:00 Uhr statt. Informationen unter 089/2183-493.

23.11. – 25.11.2001, Bad Boll: Unternehmen Umwelt: Nachhaltigkeit im Sonderangebot? - Erfahrungen in der Kooperation zwischen Wirtschaftsunternehmen und einem Umweltverband

Herbsttagung des BUND Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen in der Evangelischen Akademie Bad Boll.

„Wie können Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise gewonnen werden, wo sind hierfür die Ansatzpunkte und wie können entsprechende Prozesse initiiert und unterstützt werden? Welche Erfahrungen hat in der zurückliegenden Zeit der BUND mit Gesprächen oder gar Kooperationen gemacht? Wie wird umgekehrt die Politik eines Umweltverbandes von Seiten der Unternehmen wahrgenommen und was bedeuten all diese Prozesse und die Entscheidungen zwischen Konfrontation und Kooperation für die innere Diskussion und Weiterentwicklung eines Verbandes? Das sind die Fragen, denen auf der Herbsttagung nachgegangen werden soll.“

Informationen: BUND-Bundesgeschäftsstelle, Matthias Seiche, Telefon 030 / 275 86 - 433, Fax 030 / 275 86 - 440, E-mail: <mailto:matthias.seiche@bund.net>

23.11. – 25.11.2001, München: „Rio + 10 = Johannesburg“

Konferenz zum Thema „Perspektiven und Anforderungen zukunftsfähiger Entwicklungen“ im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Informationen und Anmeldung unter: mailto:INEW_NAT@t-online.de, <http://www.natwiss.de>

26.11.2001, München: „Das Jahrgutachten des Sachverständigenrates 2001/2002“

Unser Beiratsmitglied Prof. Dr. Wolfgang Wiegand von der Universität Regensburg hält zum genannten Thema einen Vortrag im Rahmen der Münchner Seminare um 18:00 im CESifo Konferenzzentrum, Poschingerstraße 5.

28.11. – 29.11.2001, Wuppertal: "Nachhaltigkeit - ein neues Geschäftsfeld?"

Auf dem Jahreskongress des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, der in der Historischen Stadthalle Wuppertal stattfindet, sollen die unterschiedlichen Positionen von international renommierten Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutiert werden.

Das Reden über Nachhaltigkeit war zwei Jahrzehnte lang die Domäne der Forstwirtschaft, Biologie und Ökologie. Seit der Umweltkonferenz in Rio 1992 wurde Sustainable Development auch zum Thema der Politik, einer breiten Umweltbewegung und der Öffentlichkeit – weltweit. Für den verantwortungsbewussten Bürger könnte Nachhaltigkeit bedeuten: »gut« zu leben, einer sinnvollen Arbeit nachzugehen, natürliche Rohstoffe und Energie maßvoll zu konsumieren – ohne Naturschranken zu überschreiten. Für Unternehmen könnte Nachhaltigkeit heißen: durch den effizienten Einsatz von Rohstoffen die Energie- und Ressourcenproduktivität zu steigern und so innovative und damit umweltverträgliche Produkte zu gestalten. So könnte das Wirtschaftswachstum vergrößert und dabei der Naturverbrauch konstant gehalten werden. Noch deuten globale Trends darauf hin, dass Flächen-, Energie- und Materialverbrauch keineswegs nachhaltig sind. Noch fehlen die nötigen politischen Anreize, um die eingefahrenen Strukturen zu ändern.

Indes: Die Natur leidet mehr denn je. Trotz großer Anstrengungen und Erfolge ist ein tatsächlicher Durchbruch der Umweltbewegung ausgeblieben. Die breite Öffentlichkeit scheint noch kaum Zugang zum Thema zu finden. Derweil macht die Wirtschaft eine der wichtigsten Leit-Ideen des 21. Jahrhunderts zum Leit-Thema: Zukunftsfähigkeit wird zum Geschäftsfeld. Beherrschten in den achtziger und neunziger Jahren Shareholder Value, Fabrik der Zukunft und Gruppenarbeit die Managementseminare, so sind heute »Ethik-Investment«, »Human-Capital« und umweltorientierte Unternehmensleitlinien die Themen.

„Mode“ – sagen Kritiker. Die Unternehmen würden das Prinzip Nachhaltigkeit nur zur Bemäntelung von Interessen nutzen, die keineswegs nachhaltig seien. Unabdingbar sagen die Unternehmer, die den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens mit dem Erreichen nachhaltiger Ziele wie Vertrauen, Identifikation, schlichtweg »ethisches Handeln« verknüpft sehen. Bald könnte gar von einer kopernikanischen Wende in den Kulturen der Unternehmen die Rede sein. Jedoch, der alltägliche Rinderwahnsinn – dokumentiert in den Risiken von Wissenschaft und Technik, dem Überschreiten »natürlicher Grenzen« in der Lebensmittelproduktion und Marketing-Konzepten – hat den gesellschaftlichen Konsens und die Identifikation mit dem technischen Fortschritt aus der Bahn geworfen. Miteinander reden ist gefragt.

Informationen unter <http://www.wupperinst.org/jahreskongress2001>

05.12. – 06.12.2001, Darmstadt: ASUE-Fachtagung "Brennstoffzellen und Mikro-KWK"

Zu diesen aktuellen Themenbereichen bietet die ASUE (Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V.) eine Fachtagung im Maritim-Rhein-Main-Hotel (Darmstadt) an. Ein Einladungsprospekt mit dem ausführlichen Programm kann angefordert werden bei der ASUE, Postfach 25 47, 67613 Kaiserslautern, Tel. 0631/360 90 70, Fax 360 90 71, E-Mail <mailto:ASUE@compuserve.com>. Einen besonderen Informationswert gewinnt die Veranstaltung dadurch, dass nicht nur das Thema Brennstoffzellen, sondern auch andere Techniken der Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung, wie zum Beispiel verbrennungsmotorische BHKW, Stirlingmotoren und Mikro-Gasturbinen, behandelt werden. Dementsprechend gliedert sich das Veranstaltungsprogramm in die drei Bereiche "Mikro-KWK - unterschiedliche Techniken - unterschiedlicher Entwicklungsfortschritt", "Brennstoffzellen für die Hausenergieversorgung - Wie weit sind die Hersteller?" sowie "Brennstoffzellen im größeren Leistungsbereich - Stand der Entwicklung". Insgesamt

umfasst das Programm 15 Vorträge und zwei Diskussionsrunden. Neben den rein technischen Aspekten der verschiedenen Systemtechnologien sollen bei der Fachtagung, die sich vorrangig an potenzielle Anwender und Vertreiber, an Mitarbeiter von Energieversorgungsunternehmen sowie an Fachjournalisten richtet, auch Fragen nach der Zeitspanne bis zur wahrscheinlichen Markteinführung diskutiert werden. Die Teilnahmegebühr für die Fachtagung "Brennstoffzellen und Mikro-KWK" beträgt DM 690,- (nicht MwSt.-pflichtig) und für Mitarbeiter der ASUE-Mitgliedsunternehmen DM 490,-.

12.04. – 13.04.2002, Woodstock, Vermont (USA): Third Annual Global Conference on Environmental Taxation – Call for Papers bis 25.10.2001

The conference will focus on two critical issues in environmental taxation -- the legal limits on the power of governments around the world to use environmental taxes, and what experience can teach us about how and when to use environmental taxes.

The Limits on the Power of Governments to Use Environmental Taxation. The first day of the conference will focus on legal constraints on governments' power to enact environmental taxes, such as constitutional limitations, limits inherent in international governmental alliances such as the European Union, restraints imposed by trade agreements, and the role of border adjustments for environmental taxes in complying with trade agreements. These legal limits play a fundamental role in defining the potential to the use of environmental taxation.

What Experience Teaches about the Use of Environmental Taxation. During the second day, participants will examine the experiences that a broad range of countries have had with environmental taxes. Panels and discussions will focus on evidence of the effectiveness of environmental taxes, analyses of when taxation is the best instrument for achieving environmental goals, issues in drafting and administration, the politics of enacting environmental taxes, and case studies of recent innovations. This information can help build a stronger foundation for the future use of environmental taxes.

Who Should Attend

Speakers and participants who are interested in environmental taxation will come to the conference from around the world -- Europe, North America, Asia, Australia, South America -- and from a broad range of disciplines -- governmental officials worldwide, professors of taxation, accounting, economics and environment from major universities, leading CPAs and attorneys, industry executives and leaders of non-profit organizations.

The Conference Location

The conference will be held at the Woodstock Inn in Woodstock, Vermont, a lovely Vermont village. For information about the Woodstock Inn and its location, visit its website at <http://www.woodstockinn.com>. Special conference rates for accommodations will be available for people who register early.

Previous Conferences

The 2002 conference is the third in a series of conferences. The first conference was held in Cleveland, Ohio, USA in April 2000, and the second in Vancouver, Canada in 2001.

For More Information

Please contact Prof. Janet Milne, Director of the Environmental Tax Policy Institute at Vermont Law School, Chelsea St., South Royalton, Vermont USA 05068, by telephone at (802) 763-8303 ext. 2266 or by email <mailto:jmilne@vermontlaw.edu>. This webpage will be updated periodically with more information about the conference.

Environmental Tax Policy Institute

Vermont Law School's Environmental Tax Policy Institute analyzes the ways in which taxation can be used to address environmental problems. By serving as a resource for the public and private sectors, non-governmental organizations, the press and academia, the Institute seeks to better inform the public policy debate about the role of environmental taxes at the local, state and federal levels.

<http://www.vermontlaw.edu/elc/envirotaxconover.cfm>

11. FÖS: IN EIGENER SACHE

Umfrage zur Zukunft der Ökosteuer – Teil 1

Wie im letzten Newsletter angekündigt, veröffentlichen wir nun die persönlichen Stellungnahmen zu den einzelnen Fragen.

Im ersten Teil geht es um die Frage 1 „Soll an der Grundkonzeption der heutigen ÖS etwas geändert werden im Hinblick auf eine bessere Akzeptanz?“. Hier gehen die Meinungen zum Teil sehr auseinander, viele verschiedene und interessante Vorschläge sind darunter - von Schlagworten bis zur ausgereiften Stellungnahme. "Transportenergie-Index", Befreiung des öffentlichen Nahverkehrs, Öko-Bonus-System, Kerosinsteuer, Zertifikatslösung und bildungspolitische Maßnahmen sind nur einige der Stichworte, die diskutiert werden. Eine Meinung bringt die Probleme auf den Punkt: „Ausweiten, systematisieren, die wirtschaftlichen Potenziale herausstreichen, pushen, pushen, pushen“. Die vollständigen Stellungnahmen wollen wir Ihnen aber nicht vorenthalten:

- Befreiung des öffentlichen Nahverkehrs von der Ökosteuer oder sogar Subventionierung, um Wettbewerbsvorteile für den Nahverkehr gegenüber Individualverkehr zu erreichen. Abbau der Subventionierung des Flugverkehrs.
- Nicht zu viel darüber reden momentan - und vor allem im Wahlkampf (siehe der "Magdeburg-Sündenfall" der Grünen). Wenn die Wahl gelaufen ist, wird man sehen, wie weit auf dem ÖSR-Weg die (neue) Regierung mitgehen kann.
- Zusätzliche Einführung eines Öko-Bonus-Systems, welches im Falle des Autoverkehrs die gesellschaftlichen Kosten (abzüglich der Einnahmen aus dem Autoverkehr) auf den Liter Benzin umlegt. Nach einer Rechnung aus der Studie "Verkehrskosten" von UMKEHR e.V. / FUSS e.V. wären dies 3,53 DM pro Liter. Praktisch wäre der Öko-Bonus dann so umzusetzen, dass ein Erwachsener pro Jahr einen bestimmten Betrag aus dem Öko-Bonus-Aufkommen erhält (z.B. 2.300 DM/Jahr = Durchschnittsbetrag pro Einwohner). Dafür kann er dann den sehr viel teureren Sprit kaufen und könnte damit auch Autofahren. Wer viel fährt, zahlt mehr, als er rausbekommt. Damit wird der Autoverkehr sinken. Karl-Heinz Ludewig UMKEHR e.V./FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel:030/492 74 73, Fax:/4927972, email: info@umkehr.de, www.umkehr.de.
- Kilometerpauschale wieder zurücksetzen, Atomkraft mit einbeziehen.
- Weil die ÖSR noch immer relativ umstritten ist, wird man sie kaum vorübergehend aussetzen, allenfalls sanfter ansteigen lassen können. Energie statt Arbeit besteuern, halte ich für die akzeptablere Begründung zur Fortsetzung der ÖSR, als rasen für Rentner.
- Die Bemessungsgrundlage muss für "die Menschen" nachvollziehbar sein. Ausnahmen dürfen nicht der Regelfall sein. Die Steuer muss auch bei Export und Import berücksichtigt werden. Es darf nicht nur um Energie gehen, z.B. war der UMTS-Lizenzverkauf DIE Ökosteuer - zumindest auf der Einnahmeseite.
- Argumentationsmuster ändern: 1. runter mit den Lohnnebenkosten, dann 2. als Ausgleich dafür Ökosteuer. Steuersenkungen Lohnnebenkosten etc. in den Vordergrund stellen. Arbeitsplatzeffekte etc. thematisieren. Grundkonzept nicht verwässern. Das bestehende Kommunikationsproblem wird durch eine etwaige Verwässerung der Grundidee nur verschärft.
- Die vorletzte Variante (Kopplung an einem Energiepreisindex) ist sehr wissenschaftlich, und daher für weniger versierte Laien nur schwer verständlich. Besser sollte es heißen: Übergang auf stetig wachsende Preise statt der bisherigen stetig wachsenden Steuern, da nur Preise Lenkungswirkung haben.
- Es gäbe nichts schlimmeres für die ÖS als einen Regierungswechsel. Die jetzigen Oppositionsparteien können sich politisch - auch wenn sie es wollten - auf keinen Fall eine ÖS leisten, dafür haben sie in letzter Zeit zu laut dagegen geschrien. Deswegen müssen wir den Regierungsparteien die Möglichkeit

offen lassen, vielleicht ein Jahr auszusetzen. Unsere Meinung muss aber weiter die stetige Fortsetzung der ÖS sein. Für eine ÖS können wir auf keinen Fall auf Europa warten - das wäre evtl. für eine Flugbenzinsteuern möglich - obwohl wir hier ebenfalls einen nationalen Alleingang befürworten sollen. Wir sind immerhin eine Interessenvertretung, die auch unpopuläre Meinungen vertreten darf. Wir dürfen aber auf keinen Fall die politischen Gegebenheiten außer Acht lassen und die Parteien insoweit unterstützen und Verständnis für ihre Lage haben.

- Auch wenn es vielleicht aus ökonomischer Sicht weniger Sinn macht, dennoch einen Teil der ÖS der "Umwelt" zugute kommen lassen. Ich glaube, das würde die Stammtischfähigkeit der ÖSR verbessern und somit die breite(re) Akzeptanz erhöhen.
- Einen "Transportenergie-Index" mit relativ starker Steigerungsrate von etwa 5% jährlich und einen "Heizenergie-Index" mit langsamerer Steigerung von z.B. 2,5 % jährlich einführen. Mit ÖS auf Index Puffern. REGIONALISIERUNG von MASSENGÜTERN ("Commodities") über zusätzliche Schwerlastabgaben mit ebenfalls steigender Indizierung (EURO pro Tonnenkilometer) politisch durchfechten und dabei klar erklären, dass Speditionen (KMU) und Lastwagenhersteller (Großfirmen) GEWOLLT auf der Strecke bleiben müssen ("Kapazitätsanpassung erzwingen").
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Wiedereinbezug der Heizstoffe Heizöl und Erdgas (bzw. auch Kohle im Wärmemarkt) UND DURCH SCHADSTOFFSTEUERN AUF KEROSIN; DÜNGEMITTEL; PESTIZIDE; LACKE; etc.
- Die ÖS sollte langfristiger angelegt werden. Damit kann man sich auch die Eigenschaft von Bürgern und Politikern zu Nutze machen, dass Folgen, die erst weit in der Zukunft liegen, weniger antizipiert werden. Sprich: Ein Benzinpreis von DM 10, der erst in 15 Jahren erreicht wird, schmälert nicht unbedingt die Wahlaussichten am nächsten Sonntag. Der Haken ist nur, dass Politiker, die eine solche ÖS einführen, auch nicht von den positiven Folgen profitieren werden. Das müsste das strategische Ziel des FÖS sein, Schlüsselpolitiker so zu beeinflussen, dass sie einer langfristig wirkenden Umweltpolitik zustimmen, die ihnen zwar wenig Stimmen bringt aber auch wenige Kosten. Konkret: Eine Energiesteuer sollte so ausgelegt sein, dass die Energiepreise p.a. real um ca. 3-5 % über einen langen Zeitraum hinweg steigen - solange bis das von der Politik gesetzte Reduzierungsziel, welches natürlich regelmäßig auf seine naturwissenschaftliche Sinnhaftigkeit überprüft werden muss, erreicht ist. 3-5% deswegen, da man langfristig von einer jährl. Produktivitätssteigerung von 3 % ausgehen kann - der Rest wäre dann Suffizienz. Wichtig ist, dass in den ersten Jahren weitaus geringere Steigerungsraten vorgesehen sein sollten, da die Wirtschaft und die Bürger sich erst an den Strukturveränderungsanreiz gewöhnen müssen, und daher 3 % Produktivität in den ersten Jahren zu hoch wären. Würde man daher im ersten Jahr (2004) z.B. 1 % Steigerung anpeilen, wären dies 1 Cent - wahrlich kein Wahlkampfkiller. Aber durch die Langfristigkeit des Konzepts äußerst wirksam für die Umweltpolitik. Allerdings darf ein Haken nicht außer Acht bleiben. Auf nationaler Ebene stößt eine solche Energiesteuer irgendwann an Grenzen. Überdurchschnittlich energieintensive Produktionen werden exportiert (nicht nur die berühmte Aluminiumherstellung) - ein nicht unbedingt gewollter Strukturwandel. Als Lösung bietet sich nur internationale Klimapolitik oder eine EU-Ökosteuer an, wobei letzteres auch irgendwann an Grenzen stoßen wird. Wollte die EU wirklich eine Vorreiterrolle spielen ohne einen ungewollten Strukturwandel (s.o.) auszulösen, sollte an ÖSen mit Grenzausgleich gedacht werden - in Analogie zur Umsatzsteuer. Diese hätte den Vorteil der Wettbewerbsneutralität und dem sanften Druck auf Imorture, auch umweltfreundlich zu produzieren. Wenn ein Wirtschaftsraum wie die EU diesen Druck ausüben würde, könnte sich die Weltwirtschaft einer umweltfreundlicheren Wirtschaftsweise nicht mehr entziehen - Wirtschaftsmacht einmal positiv ausgenutzt.
- Verbrauch muss schneller deutlicher teurer werden. Sparen muss sich auch lohnen.
- Klare Lenkung bei Kraftstoffen: schwefel- und benzolarme SuperPlus-Benzine Steuer runter, sparsamer Diesel Steuer runter, Verbunden mit Steuererleichterungen für kleine Fahrzeuge inklusive Zweiräder und schadstoffarme Kfz mit Motoren unter 100 PS, schrittweise steigende Besteuerung von Fun-

und Gelände-Mobiles nebst Luxus-Klasse-Karosserien

- Im Verkehrsbereich: Stärkere Differenzierung zwischen den Verkehrsträgern, deutlichere Entlastung der Bahn! Dringend auch eine Kerosinsteuer (Luftverkehr)!!!
- Umwandlung in Zertifikatslösung anstreben, da ökonomisch sinnvoller.
- So vernünftig die Öko-Steuer auch ist, es die Logik ist scheinbar nicht vermittelbar. An den Zapfsäulen setzt der Verstand aus. Es wird nur die Belastung gesehen, nicht die Entlastung. Bei Heizöl und Erdgas sowie Strom sehe ich dagegen deutlich weniger Probleme.
- Die Fragen sind so nicht zu beantworten. Es kommt immer darauf an, was mit dem Geld, das dem Steuerpflichtigen auf der einen Seite genommen wird, auf der anderen Seite für ihn Positives geschieht. Die bisherige Quersubventionierung Ökologie - soziale Sicherungssysteme ist nicht länger vermittelbar. Ziel muss es sein, variable Energiekosten langfristig stärker durch Technologieeinsatz, d.h. durch fixe Kosten zu ersetzen. Dies leisten die bisherigen Ökosteuern in keiner Weise. Dazu trägt auch keiner der weiter unten von Ihnen aufgeführten Verwendungsvorschläge wirklich etwas bei. Die Subventionierung unwirtschaftlicher Alternativen wie Windenergie oder Solarelektrik kann eine Gesellschaft sich nur so lange leisten, wie diese Energieträger quantitativ unbedeutend sind.
- 1. Alternative Energiekonzepte und deren Förderung bzw. Erforschung (Solar-Wasserstoffwirtschaft) als Förderzweck mit einbinden. 2. Plakativ vereinfachend der Bevölkerung beibringen, dass es sich vielleicht schon in 5-10 Jahren keiner mehr leisten kann mit Öl zu heizen, wo man doch so schöne Plastiktüten und PET Flaschen daraus machen kann. Die ersten Anzeichen eines Preis- bzw. Wertbewusstseins im OPEC-Bereich sind doch mehr als offensichtlich. Die Abzockerei und eine riesige Wirtschaftskrise beginnt doch dann, wenn eine kritische Menge an Erdölproduzenten überschritten wird, die wirklich begriffen haben, an welchem Hebel sie sitzen (jetzt mal rein ökonomisch gedacht) 3. Klimaschutz ist jetzt ein Thema. Daher Thema wach halten und ausbauen. 4. Anhebungsschritte erhöhen; 50% Ausgleich durch Mineralölsteuersenkung; das ganze dann als kreativ verkaufen (finanzwirtschaftlich möglich oder? MineralölSt = Bundessteuer!?!).
- Das Wuppertal-Institut hatte einmal angefangen, den Umweltverbrauch in einer besonderen Maßeinheit zu errechnen und so Tätigkeiten und Gebrauchsgegenstände für die Umweltschädigung anzugeben. Das sollte weiter vorangetrieben werden!
- Auf jeden Fall sollte die Forderung lauten, die ÖSR weiterzuführen. Das Grundkonzept hat sich bewährt, allerdings sollten Sonderregelungen (v. a. die zu umfangreichen Befreiungen) abgebaut und über eine Kopplung an den Energiepreis nachgedacht werden. Es wäre aber kontraproduktiv zugleich die weitere Ökologisierung des Steuersystems einzufordern. Ich wäre daher entschieden gegen die Forderung nach Düngemittelsteuern, Pestizidsteuern, Wassersteuern usw.
- Verwendung der Steuereinnahmen über geringere Leistungssteuern zurückgeben (KöSt, EKSt, LohnSt).
- Es ist immer wieder - auf intelligente und humorvoll/hintergründige Weise - darzulegen, wie Energieumwandlung und Gebrauch resp. Verbrauch derselben kurz-, mittel- und langfristig unser tägliches Leben beeinflussen. Vielleicht muss auch deutlicher kommuniziert werden, dass konventionelle Energieversorger - dazu gehören natürlich auch die Ölkonzerne - bei der Unterstützung regenerativer Energieträger "an ihrem eigenen Grab schaufeln" und Zeit für die Umstellung benötigen. Die Aufklärung über das "ob oder ob nicht" ist aus meiner Erfahrung gelegentlich wichtiger als die Frage nach dem nächsten "wie". Wissen über Zusammenhänge in diesem komplexen Thema fehlt "bei den Laien"!
- Komplette Steuerbefreiung für Öffentliche Verkehrsmittel, Aufhebung der Subventionen an Großkonzerne, die energieintensiv arbeiten.
- Das Vorgehen nach dem Binswanger-Konzept, nach dem bei Erhebung einer Ökosteuer die MWSt.

sinkt, würde die Akzeptanz deutlich erhöhen, weil sie dadurch sozial (auch familien-)gerechter würde.

- Die Verbesserung der Akzeptanz sollte m.E. nicht durch Herunterschrauben der Ökosteuer erreicht werden, sondern durch zusätzliche bildungspolitische Maßnahmen (sozusagen "Werbung" und Aufklärung). Es muss doch möglich sein, die positiven Effekte der Ökosteuer, die sie ja unbestritten für die gesamte Bevölkerung hat (sonst wäre ja niemand dafür), auch irgendwie rüberzubringen.
- Plus bessere Öffentlichkeitsarbeit zur Wirkung und den Erfolgen.
- Grundsätzlich braucht es eine ökologische Fiskalreform: Eine Verschiebung der Steuereinkünfte um mindestens 15% des BSP von Steuern auf Arbeit (eingeschlossen die Mehrwertsteuer) and Einkommenssteuern hin zu Ressourcensteuern. Die ist die minimale kritische Masse, um Nachhaltigkeit nicht nur als Mantra vor sich her zu tragen, sondern endlich erste kleine, aber mutige Schritte in den förderlichen Rahmenbedingungen in die Wege zu leiten. Hinzu kommt der Abbau von "nicht-nachhaltigkeitsfördernden" Subventionen.
- Arbeit an einer europäischen Lösung.
- Ökosteuer an die Mehrwertsteuer koppeln, Sonderregeln abbauen (aber nicht viele kleine Einzelabgaben) + Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.
- Moderate weitere Schritte, möglichst breit (inkl. Gas, Heizöl, Kohle); Abbau der Sonderregelungen, gekoppelt mit einem freiwilligen CO2-Emissionshandelssystem für Unternehmen.
- EU-Ebene stärker in den Fokus nehmen, dort eine Basis schaffen und in der Folge die Vorreiterposition beibehalten.
- Sonderregelungen abbauen, aber keine weiteren Komplikationen durch eine Steuer "auf alles und jedes".
- Ökosteuer umbenennen, Ausnahmen weg, keine Verwendung bei Lohnnebenkosten.
- Ausweiten, systematisieren, die wirtschaftlichen Potenziale herausstreichen, pushen, pushen, pushen.

Umfrage zur Zukunft der Ökosteuer – Teil 2

Die zweite Frage „Soll an der bisherigen Konzeption bei der Verwendung des Aufkommens etwas geändert werden, um die Akzeptanz zu verbessern?“ wurden ebenfalls verschiedene Standpunkte vertreten. Förderung alternativer Energien, Förderung von Ökoproyekten, Bau von Bahngüter-Schnellstrecken, Zukunftsinvestitionsfond, "Entwicklungshilfe", Senkung der MWSt. sind nur einige der zahlreichen Vorschläge, die einer Beibehaltung des momentanen Systems entgegenstehen.

- Wie schon oben erwähnt: Entlastung der Bahn bei den variablen Kosten, z.B. Strom, damit dem Unternehmen die Möglichkeit eröffnet wird, zu besseren Konditionen Dienstleistungen anbieten zu können.
- Beibehaltung eines Teils der Ökosteuer für Rentenversicherung und z.B. die Hälfte ganz konkret für die Forschung und Förderung Erneuerbarer Energien und Energiesparmassnahmen. Zahlen und Ergebnisse, Erfolge sollten veröffentlicht werden. Wichtig ist die Transparenz. Bei Spenden ist es ähnlich. Für konkrete Maßnahmen spendet man eher als für undurchsichtige Institutionen.
- Nutzen der ÖS muss verstärkt kommuniziert werden (auch volkswirtschaftliche Auswirkungen, z.B. Export von Umwelttechnologie (vgl. Haltung der USA zu Kyoto)) - sonst wird das Wahlvolk Sinn und Zweck der ÖSR nie und nimmer kapieren - sondern den ewiggestrigen Eiferern der großen Lobbys auf den Leim gehen, die offensichtlich über besseren Zugang zu den Medien verfügen. An sich sehr sinnvolle Maßnahmen, wie z.B. die Unterstützung der Bahn (bis hin zur Subvention der Preise) werden sonst nicht verstanden - ergo nicht als positive Auswirkung der ÖSR registriert! Vorschlag: Mischung aus der an sich nach wie vor richtigen Aufkommensneutralität, einem Zukunftsfonds aus einem geringen Teil des Aufkommens (AN sollte weitgehend erhalten bleiben) und ordentlicher PR für das Ganze!!

- Zur Förderung alternativer Energiegewinnung
- Wenn die Ökosteuer mehr zur Senkung von Einkommen- und Körperschaftsteuer verwendet würde, brächte das mehr Akzeptanz.
- Die Abgabenlast auf Einkommen aus abhängigen Beschäftigungsverhältnissen ist immer noch die Haupteinnahmequelle des Staates. Die Abgaben auf nicht erneuerbare Energieträger ist dagegen verschwindend gering. Ein unökologischer und absurder Zustand.
- Unentschlossen. Abhängig vom Kommunikationskonzept.
- Label "Ökosteuer" ist das falsche Signal und eine Steigerung der Akzeptanz hierüber nicht zu erwarten. Soziale Aspekte und ökonomische Aspekte in den Vordergrund stellen. Eine verstärkte Förderung/Subventionierung ökologisch motivierter Projekte fördert nicht die Akzeptanz des Konzeptes. Es geht vielmehr um eine Ressourcensteuerreform. Arbeit billiger, nat. Ressourcen teurer. Das Thema muss raus aus der Öko-Ecke. Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsfähigkeit etc. sind dabei mögliche Schlagworte...
- Beihilfen für Marktreife von erneuerbaren Energien (Prinzip EEnG, 100 000 Dächer Programm)
- Würde man die Aufkommensneutralität fallen lassen, wäre zwar das Argument widerlegt, es handle sich gar nicht um eine Ökosteuer, man hätte aber sofort die selben Kritiker, die sagen, dass es sich nur um eine neue Steuer unter nettem Namen handelt.
- Kombination aus Senkung Lohnnebenkosten und Förderung von Ökoproyekten
- Bau von Bahngüter-Schnellstrecken, damit LKW-Fernverkehr (durch steigende Mautgebühren) auf die Schiene gelenkt werden kann.
- Meinen Vorschlag habe ich bereits in einem langen Schreiben an den FÖS dargelegt. Die Akzeptanz der ÖS liegt an der nicht wahrnehmbaren Gegenfinanzierung. Das Rentensystem ist total überholt und muss von Grund auf erneuert werden. Staatliche Zuschüsse z.B. durch die Ökosteuer können dieses Misssystem nicht beheben. Gesetzliche Sozialabgaben sind mit 40 % ebenso schlimm wie mit 41 %. Wenn die Gegenfinanzierung eingesehen wird (Vorschlag z.B. die sowieso politisch in Zukunft notwendige Ausgaben zur Finanzierung der Bahn bzw. Erhöhung des Kindergeldes), wird auch die ÖS mehr akzeptiert.
- 1. Der Bundesfinanzminister soll jährlich eine Bilanz der Ökosteuer-Einnahmen und deren Verwendung in allen Tageszeitungen veröffentlichen. 2. Von der Bundesregierung oder notfalls von NGOs soll eine breite Diskussion über Verwendung der Ökosteuer angestoßen werden. (Alle einschlägigen NGOs sollen sich solidarisieren) 3. Es soll ein Bürgerentscheid oder etwas ähnliche über die Verwendung der Ökosteuer vorgenommen werden. Das geht wahrscheinlich rechtlich (noch) nicht und provoziert ein gefährlichen Bürgerentscheid, ob die Ökosteuer von der Mehrheit der BürgerInnen überhaupt gewünscht wird.
- In der Tat scheint der rationale Aspekt der Internalisierung externer Effekt in der pragmatischen Form einer Ökosteuer nicht vermittelbar und weckt nur noch negative Assoziationen. Es braucht daher eine klare Zuordnung zu positiven, zukunftsfördernden Projekten, die Sinn machen und die jeder versteht, die geeigneterweise jeder auch am eigenen Konto ablesen kann - jeder will reisen (daher ist die Bahn-Card für jeden keine schlechte Idee), jeder hat (stark steigende) Nebenkosten beim Wohnen - Solarzelle für jeden- die Diskussion muss dringend weg vom Steuergedanken fiskalischen Ursprungs (so richtig und wichtig der ist), hin zu einem Steuergedanken schöpferischen Ursprungs, d.h. dem Steuern in eine lebenswerte Zukunft mit neuer, besserer Lebensqualität, neuen, besseren Leittechnologien
- Öko-Bonus würde allerdings bedeuten, dass man die Unternehmen ganz von der Ökosteuer freistellt oder eine andere Kompensation für sie findet (Emissions trading?). Die dritte Variante macht nur Sinn, wenn sich die Bundesregierung endlich voller Überzeugung hinter die ÖSR stellt.

- Die Verwaltung des Zukunftsfonds und besonders die Mittel-Verteilung sind mit extremer Vorsicht zu gestalten. Die Institution muss einerseits klein (handlungsfähig) und andererseits neutral (belastbar!) und drittens legitimiert sein. Persönlich denke ich natürlich an mein Modell "Consultative" <http://www.consultative.de>.
- Tjaa ... Die Bahn ist ja nun ein "normales" gewinnorientiertes Unternehmen geworden (wie Mehdorn immer wieder deutlich macht), also bei Ökosteuerschüssen an die Bahn auch beachten, dass die Bahn nicht aus ihrer öffentlichen Verantwortung entlassen werden darf!! Ansonsten Mittelverwendung: wie wäre es mit einem Sonderfonds für die Kommunen für Verkehrsalternativen zum Auto, also Straßenbahnen, S-Bahnen, Fahrradwege und -angebote, Fußwege, Straßenrückbauten etc.
- Zuschuss für Solaranlagen nicht kürzen
- Direkte Koppelung der Einnahmen mit Öko-Projekten (100.000 Dächer, Windkraft, Niedrigenergiehaus u.ä.) Einrichtung eines Förderprogramms für Initiativen/Projekte, für Private, Vereine etc. => Partizipation, Umsetzung LA 21, tut jetzt nach Bonner Debakel Not
- Die Steuer müsste "Klima-Steuer" heißen. Ich habe kaum Leute getroffen, die dem Begriffspaar "Klima schützen / Arbeit (steuerlich) entlasten" nicht positiv gegenüberstünden. Die Steuerreform als solche könnte trotzdem weiterhin "Ökologische Steuerreform" heißen.
- Da ich oben ja eine ÖS vorgeschlagen habe, die sich am Endenergiepreis orientiert, müsste bei der Verwendung so reagiert werden, dass schwankende Einnahmen keine Probleme verursachen. Deshalb käme Schuldentilgung, Zukunftsinvestitionsfond oder Öko-Bonus in Frage. Für mich hat dabei der Öko-Bonus der Favorit. Die Rückgabe an die Bevölkerung ist transparent, psychologisch sehr wirkungsvoll und verteilungspolitisch vorteilhaft. Der Öko-Bonus könnte sogar der Einstieg in eine Soziale Grundsicherung bedeuten.
- Nutzung von Sonnen- und Windenergien (auch bei Hausbau etc.) Unterstützung und Förderung dieser Projekte. Ausbau der Bahnstrecken, besonders auch für Vielreiser attraktiv machen: Zuverlässigkeit erhöhen.
- Öko-Steuer-Einnahmen sollen in nachvollziehbaren Ausbau ökologischer Mobilitätsprojekte (City-Bus, Internet-Projekt zur Ermittlung gleicher Fahrziele und Zeiten für Fahrgemeinschaften, Europaweite Kopplung von Zug und Auto am Zielort für Reisen, etc.) investiert werden.
- Förderung regenerativer Energien (das wäre dann nur eine formale Umbuchung gegen andere, bislang dafür verwendete Mittel - aber wohl besser vermittelbar)
- Reaktion der Bevölkerung darf kein Grund sein, die in Deutschland allgemein durchgeführte Freiheit einer Zweckbindung der Steuern aufzugeben. Entweder man behält das bei oder, wenn man zweckgebundenes Aufkommen will, man verabschiedet sich von der Steuerlösung und geht auf Zertifikate über. Dort hat man dieses Problem nicht.
- Auf jeden Fall aufkommensneutral bleiben! Nicht die Staatsquote erhöhen! Die bisherige Senkung der Rentenbeiträge findet keine Freunde unter Beamten und Selbständigen!
- evtl. Mittel zur Förderung alternativer Energien einsetzen. Hierdurch ließe sich eine Nachhaltigkeits-Regel (teilweise) umsetzen: Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen nur in dem Umfang wie es gelingt, erneuerbare Ressourcen zu erschließen.
- In Bezug auf die Verwendung für ökologische Projekte hier - insbesondere für die Bahn - ist folgendes anzumerken: Ich bin der Auffassung, dass man die Bahn und auch den ÖPNV komplett von der Stromsteuer befreien sollte, damit ein Anreiz für den Umstieg von Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel ermöglicht wird. Um dieser Vorgehensweise gerecht zu werden, ist es jedoch unabdingbar, dass die Betreiber der öffentlichen Verkehrsmittel handlungsfähig gemacht werden. (Unter Handlungsfähigkeit ist zu verstehen, dass die Betreiber in der Lage sein müssen entsprechende Transportleistungen (Mensch und Gut) durchführen zu können.) Daneben muss auch dafür Gewähr geleis-

tet werden, dass die Transportkosten für eine vergleichbare Strecke mit dem PKW oder LKW zumindest per Saldo ausgeglichen sind. Beispielsweise ist eine Strecke von Nordrhein-Westfalen nach Bayern mit dem Zug teurer (bezogen auf den Benzinpreis) als mit dem PKW. Dieses kann und darf es m. E. nicht geben.

- Das Verursacherprinzip sollte verstärkt beachtet und unter Steuergesichtspunkten sanktioniert werden.
- Ökosteuer weiter als geplant anheben, Mehrertrag für ökologische Projekte verwenden.
- - Aufkommensneutralität sollte gewahrt bleiben - Neben der Entlastung durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, sollten weitere Anreizprogramme und ökologisch sinnvolle Subventionen gestartet werden - z.B. Fortsetzung 100.000 - Dächer-Programm, weitere Anreize für den Standort regenerative Energien
- a) Verwaltungsaufwand ist das letzte was die ÖSR attraktiv macht, nein, das allerletzte. b) Verwendung für ökologische Projekte: besser Energieeffizienzprojekte; mit direkten Bevölkerungsbezug; z.B. Neubauförderung, Pilotprojektförderung (sowohl betriebswirtschaftlicher Pilotcharakter als auch technologisch)
- Verhinderung von Streckenabbau bei der Bahn!
- Ich habe hierzu eine völlig unpopuläre Meinung, die daher nicht durchsetzbar ist: Die Einnahmen der ÖS stehen den armen Ländern unseres Planeten anstatt dem Almosen "Entwicklungshilfe" zu. Durch unseren weit überdurchschnittlichen pro Kopf-Ressourcenverbrauch schaffen wir in diesen Ländern Umwelt- und Knappheitsprobleme, für die wir zahlen müssen. Durch unseren übermäßigen Verbrauch, können diese Länder nicht mehr so billig zu Wohlstand kommen, wie es für uns möglich war. Ich glaube dieser Aspekt sollte in der öffentlichen Diskussion stärker berücksichtigt werden. Langfristiger Friede wird in einer globalisierten Welt nicht mit dem heutigen Wohlstandsgefälle möglich sein. Es wird Zeit, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden.
- Verwendung der Steuereinnahmen über geringere Leistungssteuern zurückgeben (KöSt, EKSt, LohnSt).
- Aufkommensneutralität auf jeden Fall beibehalten, evtl. darüber nachdenken, wie Unternehmen bei Lohnnebenkosten stärker entlastet werden können (erfordert aber umfassende Reform des Sozialversicherungssystems - dazu fehlt derzeit wohl die Kraft)
- Bahnbonussystem, Jugendliche fahren bis 16 Jahre kostenlos (Jugendliche lernen das Verkehrsmittel kennen und schätzen), Modernisierung der Gleise, Züge, Bahnhöfe
- Die Ökosteuer ist individuell nicht aufkommensneutral. Insofern ist die Skepsis berechtigt. Nur die Senkung der MWSt. würde soziale Ungerechtigkeiten vermindern bis verhindern.
- Subventionierung jeglicher alternativer Verkehrsformen, aber nicht nur reine monetäre Unterstützung, sondern vor allem auch im Sinne besserer, d.h. auch effizientere (altern.) Verkehrskonzepte bzw. Ablaufpläne. Die Argumentation: Die Bahn etc. ist 1. zu unpünktlich, 2. zu teuer und 3. zu schlecht verbunden DARF in Zukunft nicht mehr zählen.
- Die Festschreibung der Verwendung für Renten, Krankenversorgung o.ä. hemmt m.E. die Reform dieser Systeme.
- Schaffung einer Stiftung, Verwirklichung der oben genannten Ziele mit Zinsgewinnung plus + Vergünstigung des ÖPNV (vor allem in Ballungsräumen) + Unterstützung zukunftsorientierter Verkehrssysteme, z. B. call a bike + Unterstützung von Eltern (nicht nur Familien), Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende mit Kindern
- Kombination des derzeitigen Konzepts (ohne Ausnahmeregelungen) mit einem Zukunftsfonds. Einzahlung in den Fonds freiwillig. Wer dort einzahlt, kann den Betrag bis zum Ökosteuer-Höchstbetrag komplett von der Steuer absetzen und zahlt dann also keine Ökosteuer.

- Verteilungswirkungen für Haushalte, die von der Entlastung bei der Arbeitslosenversicherung nicht Nutzen ziehen, sind zu prüfen und gegebenenfalls, wenn untragbar, zu kompensieren.
- Es muss stärker herausgestellt werden, dass durch die Senkung der Lohnnebenkosten die doppelte Dividende erzielbar ist - die Ökosteuer ist keine Ökosteuer sondern eine "Wettbewerbsfähigkeitssteuer"
- 80% Rückgabe (AloV ist gut; auf KEINEN FALL RentenV), 20% Investitionen in verkehrs- und Energiewende (1/2 MWSt-Satz Bahn, ÖPNV-Förderung, Verstärkung der Förderung erneuerbarer Energien, Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen)
- Beibehaltung plus bei weitere Anhebungen in einen Ökofonds fließen lassen. Entscheidend ist, dass interessante Projekte gefördert werden um damit Symbole zu schaffen.
- Energie/Klima und Demographie/Rente sind DIE zwei Nachhaltigkeitsthemen und sollten weiterhin im Packet gesehen werden. Ökosteuern können wesentlich sein als Input in die Kapitaldeckung! Staatliche Projektförderbürokratie ist stets problematisch zu sehen.
- Senkung der Mehrwertsteuer für die Bahn, kann finanziert werden, wenn ökologisch schädliche Subventionen abgebaut werden
- Warum muss ein Öko-Bonus aufwendig sein? Man könnte doch einfach die Senkung der Lohnnebenkosten als Öko-Bonus deklarieren (in der Lohnkostenabrechnung eine extra Zeile), das ist prinzipiell das bisherige Vorgehen, aber der Bürger sieht seinen Geldvorteil endlich!!!
- Ökosteuer nutzen, um in allen Bereichen eine Wende hin zu bekommen: Aufklärung, Moralwerbung, Kriege vermeiden, etc. Ökosteuer als Ausstiegsdroge!
- 1. Bonus für Kreislaufschließungen, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. 2. Gründung einer Nachhaltigkeitsagentur, die Prozesse auf allen gesellschaftlichen Ebenen initiiert.
- Allenfalls geringe Aufweichung des Konzepts, insofern als z.B. bei wieder stärker steigenden Steuern auf Heizstoffe das Aufkommen zweckgebunden oder politisch gebunden in das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, die investive Förderung zur Umstellung von stromintensiven Nachtspeicherheizungen und Kohleöfen auf Heizsysteme mit Gas in Kombination mit Solarkollektoren, in die Reduktion des Mehrwertsteuersatzes des Schienenfernverkehrs, ggf. sogar die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Null des gesamten öffentlichen Verkehrs (einschließlich von Taxis, Car-Sharing) verwendet wird.
- Entscheidend ist, dass der Rücklauf ausgewiesen wird - auf jedem Steuerbescheid. Zweckbindung ist grundsätzlich Unsinn, da auf Dauer zu rigide. Einkommensteuern könnten flexibel entsprechend dem ÖS-Aufkommen gesenkt werden (+ soziale Flankierung).

Umfrage zur Zukunft der Ökosteuer – Teil 3

„Wer hat den genialen Einfall für einen eingängigen Slogan für die Ökosteuer?“ wollten wir zum Schluss der Umfrage wissen. Viele Vorschläge sind bei uns eingegangen: Mit der ÖS fit für die Zukunft - Ökosteuer gegen Zukunftsungeheuer - ÖS - denn wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern nur von unseren Kindern geliehen! - ÖS - Solidarbeitrag für die Umwelt - ÖS - Wir steuern ökologisch! Und viele Slogans mehr finden Sie in der Langfassung:

- Ökosteuer - sonst wird's teurer
- Ökosteuer- Energieverbrauch verteuern - Erneuerbare Energien fördern macht uns zukunftssicher. Ökosteuer - innovativ. Für die Förderung Erneuerbarer Energien bringt Arbeitsplätze, verbessert Standort Deutschland
- Mit der ÖS zum Weltmeister der Zukunftstechnologien - Mit der ÖS fit für die Zukunft - ÖS - Fitnessprogramm für Zukunftsfähigkeit
- Lieber aber mal von der CDU lernen und mit dem für die Menschen positiven Aspekt werben, z.B.:

"Lohnsteuer weg"

- Noch einmal: Vergesst das Wort Ökosteuer- der deutsche Michel denkt da sofort an 5 Mark fürs Benzin. Das Thema ist eh zu komplex für einen Slogan ohne Begleitung. Vielleicht braucht es ein Symbol/Logo/Bild, das die Aufkommensneutralität symbolisiert. Als Untertitel dann vielleicht der Slogan: "Steuern neu denken: Zukunft gewinnt."
- Zum letzten Punkt: "ÖS - weil es nichts umsonst auf der Welt gibt. Auch nicht eine heile Umwelt."
- ÖS - damit die Verbräuche und nicht die Leistung besteuert wird
- Schmutzsteuer für den Klimaschutz
- ÖS - für Ökologische Gerechtigkeit.
- Ökosteuer - sonst wird's richtig teuer! Umweltverschmutzung ist nicht umsonst.
- Kurz müssen sie sein und positiv, denn leider ist der Begriff Ökosteuer mittlerweile so negativ besetzt, dass er eigentlich weitestgehend vermieden werden sollte (es sollte besser durch Zukunftssteuer ersetzt werden) - daher braucht es möglicherweise einen humorvollen, überraschenden Slogan. Ihre Vorschläge sind alle genau das, was man erwarten würde, ähnlich wären noch die beiden folgenden: Ökosteuer - Zukunft steuern, Ökosteuer - na klar!! aber die scheinen mir auch zu bieder und akademisch, eben genau das, was derzeit jeder mit Ökosteuer verbindet. Geniale Einfälle sind das natürlich auch nicht, aber der oder die Slogans könnten in die folgende Richtung gehen: Ökosteuer - na und?! Ökosteuer - Du mich auch, Ökosteuer - damit auch Sie morgen noch kräftig zubeißen können, Ökosteuer - gib`s mir
- Einen eigenen Claim für die Ökosteuer unabhängig von dem werblichen Drumherum zu entwickeln, finde ich fast aussichtslos. Mir gefallen die frecheren Vorschläge (jeder bezahlt was er bestellt; nichts gibt's umsonst) besser als die glatteren (macht Zukunft)
- ÖS - Energievergeudung darf sich nicht mehr lohnen (ob das besser ist, als die vorgeschlagenen?)
- ÖS - damit sich Energiesparen auszahlt!
- ÖS - bringt mehr Umweltpolitik und mehr Arbeitsplätze
- Ökosteuer gegen Zukunftsungeheuer
- Lebensgrundlagen/Wohlstand von heute (sichern) und/oder Die Zukunft unserer Kinder/Lebensgrundlagen von morgen sichern
- "Klimasteuer" - für Umwelt und Beschäftigung.
- ÖS - denn wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern nur von unseren Kindern geliehen!
- ÖS - Solidarbeitrag für die Umwelt
- SteuerREFORM: einfacher, ökologischer, sozialer
- Aus Rentensteuer wird Ökosteuer
- ÖS - Wir müssen im Klimaschutz Verantwortung zeigen!
- ÖS - mehr Beschäftigung in Deutschland und weniger Geld für Energieimporte ins Ausland! (Ist zwar etwas national, spricht aber den 'Stammtisch' an, und dort sitzen ja bekanntlich unsere Gegner!)
- Der Begriff Ökosteuer ist nicht mehr zu gebrauchen. Das lässt sich vermutlich nicht mehr reparieren. Ich hab keinen Spruch, denke aber, dass nicht die Belastung Gegenstand der Argumentation sein sollte, sondern die Förderung (Mittelverwendung). Wenn da von Innovation und Beschäftigung die Rede ist, wird niemand wagen ernstlich dagegen zu argumentieren.
- ÖS - Wir steuern ökologisch!

- Öko und Steuer sind eigentlich Antipoden und die Ökologie kommt in diesem Zusammenhang (der wohl doch nicht wirklich verstanden wird) in einen schlechten Kontext. Daher sollte man sich wirklich etwas Neues einfallen lassen.
- Man sollte nicht von Steuer, sondern von Steuerreform reden
- Ökosteuer - Zukunft ist nicht teuer
- Ökosteuer - ehrlich gut, Ökosteuer – Zukunftssteuer, Ökosteuer - wer viel bezahlt, ist selber schuld.
- Wie wär's mit: ÖS - Ihren Kindern wird's gefallen! oder: Wollen Sie Ihren Kindern auch noch morgen in die Augen schauen? - Dann ÖS!
- ÖS - weil wir keinen amerikanischen Präsidenten im Amt helfen wollen! haha!
- ÖS - Zwei Fliegen mit einer Klappe
- Öko-Steuer - sonst wird die Zukunft teuer
- Der Begriff "Ökosteuer" ist verbrannt, auch der beste Slogan macht keinen erfolgreichen relaunch für ein mittelmäßiges Produkt. Vielleicht sollte man es mit einem Ansatz in Richtung "Nachhaltigkeit" versuchen, der auch die Eckpunkte des jetzigen Konzepts (Ökologie + Wirtschaft + Soziales) besser widerspiegelt.
- Zahlen Sie Ihre Rentenbeiträge an der Tankstelle!
- In (die) Zukunft (mit der) Ökosteuer, Ökosteuer macht Sinn, Ökosteuer - die nachhaltigste Steuer
- Nicht ÖS, sondern von Ressourcensteuern reden!
- Ökosteuer - die Steuer für die Zukunft (evtl.: ... unserer Kinder), Ökosteuer - damit Sie wissen, wofür Sie zahlen (der geht nicht durch, wetten?), Setzen Sie Ihr Umweltbewusstsein auch von der Öko-Steuer ab? Ökosteuer - die Steuer, die Umweltbewusste absetzen können, Mit der Ökosteuer wird Ihr Steuerberater zum Umweltberater
- ÖKOlogisch die Zukunft STEUERn
- Ökosteuer - Einstieg in die Arbeitswelt von morgen, Neue Arbeitsplätze durch Ökosteuer, Ökosteuer macht Arbeit ... (in jeder Hinsicht), Arbeitslosigkeit abbauen durch Ökosteuer, Beschäftigung steigern durch Ökosteuer
- Ich reagiere geradezu allergisch auf den Begriff "Ökosteuer". Verabschiedet sich der FÖS jetzt auch schon vom Konzept der Ökologischen SteuerREFORM?
- ÖS - damit jeder für das bezahlt was er nutzt. Und das ist auch gut so. (Wowereit)
- Kombination aus obigem: "Wenn Steuer - dann Ökosteuer: Damit Preise die ökologische Wahrheit sagen". Das erste groß als Slogan, das zweite klein darunter zum "Nachdenken"
- ggü. Parteien: ÖS - Zukunft gestalten, ÖS - mehr Wohlstand, weniger Ressourcen. ggü. Bürger: ÖS - Für Sie Netto mehr Geld... Anmerkung zu dieser Frage: Mit der Moral-Keule würde ich nicht kommen. Zur Strategie: Ich glaube, der FÖS sollte sich in den Bundestagswahlkampf durch Lobby-Arbeit hinter den Kulissen stark machen, dass es weiter geht. Eine eigene Marketing-Kampagne hat der FÖS nicht im Kreuz, könnte eine solche aber auf Kosten des BMU anregen. Was der FÖS selber anbieten kann, falls ÖS fortgesetzt wird, sind Multiplikatoren-Schulungen für Politiker.
- ÖS - damit unsere Preise die Wahrheit sagen
- Ökosteuer zahlen heißt Verantwortung übernehmen
- Ökosteuern - und los geht's! (Dazu ein Text, der die wirtschaftlichen Potenziale knackig rüber bringt.) Rückfragen: FÖS-Mitglied Riegel.

FÖS-Mitteilungen 21

Die neuen FÖS-Mitteilungen sind seit Mitte Oktober verschickt und Sie können sie sich unter dem angegebenen Link als pdf-Datei herunterladen. Sie enthalten jedoch keine neuen Artikel, sondern stellen lediglich eine Zusammenfassung der uns am wichtigsten erscheinenden Artikel der vergangenen Newsletter dar, für all diejenigen Mitglieder und Interessenten, die keinen Email-Anschluss haben.

<http://www.foes-ev.de/downloads/FOESMitt21.pdf>

EcoTaxNews 0

Anfang Oktober haben wir zum ersten Mal auch eine englische Version des Newsletters erstellt. Wir haben doch einige Interessenten in der Datenbank, die kein deutsch sprechen und schon oft ihr Interesse an einer solchen Fassung bekundet haben, um sich über die Entwicklung in Deutschland und Europa zu informieren. Leider haben wir nicht die Kapazitäten, um deutsche Artikel zu übersetzen, sondern haben die englischen Artikel aus den ÖkoSteuerNews zusammengefasst und veröffentlicht. Das Feedback war sehr gut und wir wurden bestärkt, diese Version weiter zu führen. Daher kümmern wir uns jetzt verstärkt um eine Finanzierung für die englische Fassung <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newseng/index.html>.

Neue Homepage

Nachdem wir im Sommer die Homepage schon etwas überarbeitet hatten, ist sie nun vollständig neu gestaltet und den neuen Gegebenheiten angepasst. Die Inhalte sind zwar grundsätzlich gleichgeblieben, aber noch deutlich erweitert worden. Werfen sie doch mal einen Blick drauf: <http://www.foes-ev.de>

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMailadressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und / oder werden Sie Mitglied bei uns! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglieder unterstützten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 100 DM (ab 2002: 60 €) für Förder- und 360 DM (ab 2002: 200 €) für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>

12. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Hier gibt es diesmal keine Beiträge, was aber nicht bedeuten soll, dass der BUND nicht aktiv wäre. Ganz im Gegenteil! Im Dezember erfahren Sie dann, was im Moment noch in Planung und deshalb nicht ganz druckreif ist.